

Context XXI

ISSN 1028-2319 • 35,- ATS • 5,- DEM

Nummer 5/2000

diE nOt 2

NEUE AUFTRÄGE

Giordanos Auftrag 4

Ein Gespräch mit Erwin Riess

VON MANFRED GMEINER

ANSCHLUSSAUFTRAG

Modell Wien 7

Avantgarde der Vernichtung

VON FLORIAN MARKL

THE GLOBE – THE MISSION

Zivilgesellschaft und Entwicklungsmythos 10

VON WOLFGANG DIETRICH

Neokoloniales Hegemoniestreben 13

Internationaler Währungsfonds und „Weltbank“

VON ROBERT KOGLER

Projektfinanzierung durch die Hintertür 16

Baut Österreich den türkischen Katastrophenstaudamm Ilisu mit?

VON CORINNA MILBORN

Idealistische Weltmarktkritik 18

VON STEPHAN GRIGAT

BILDUNGSAUFTRAG

„Por una educación popular y gratuita!“ 20

Uni-Streik in Mexico

VON KREUTZER, KOVAČIČ, SCHMID UND ZINGERLE

AUFTRAGSVERMEHRUNG

Wessen Gene? 23

VON SUSIE PERNICKA

DAUERAUFTRÄGE

Guy Debord 26

Die totale Selbstbestimmung

VON STEFAN NEUWIRTH

Arthur Cravan 27

Die Niedertracht der Tafelrunde

VON ALEXANDER SCHÜRMANN-EMANUELY

ZIVILISIERUNGSAUFTRAG

Unser schönes Kärnten 32

VON TINA LEISCH

Impressum 3



Es geht um viel – es geht um Österreich!

Dunkle Zeiten blicken durch die Fenster des Hauses Österreich! Die Situation ist ernst! Schwer angeschlagen schlingert das Boot Österreich in der Brandung! Nur durch die äußerste Anstrengung aller Bürger und Bürgerinnen kann die drohende Gefahr abgewendet werden! Jeder wird gebraucht! Der Staat ruft Hilfe! Es muß gelingen! Die Welt schaut auf Österreich! Jetzt haben wir letztmalig die Gelegenheit, zu beweisen, wozu wir fähig sind! Wir werden alle Kräfte zusammennehmen und Opfer bringen müssen! Es wird gelingen! In Form eines einzigartigen nationalen Kraftaktes ist die Wende möglich! Deshalb: Alle Österreicher und Österreicherinnen sind aufgerufen, ihren Beitrag zu leisten und teilzunehmen am:

1. NATIONALEN KRAFTAKT

Der 26. September ist „Nationaler Kraftakttag“! Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am „1. Nationalen Kraftakttag“ erhalten als kleine Anerkennung eine Anstecknadel in Form des Maskottchens des „1. Nationalen Kraftaktes“.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Vom 19. Bis 28. September treffen sich die VertreterInnen von IWF und Weltbank zu ihrer 55. Jahrestagung in Prag. Jedoch nicht nur diese werden sich dann in der tschechischen Hauptstadt einfinden, sondern auch ein sehr breites Spektrum von GlobalisierungsgegnerInnen, AntikapitalistInnen, KapitalismusverbesserInnen, etc.. Auch in Wien wird von verschiedensten Gruppen seit Monaten nach Prag mobilisiert.

Grund genug, diese Nummer von **Context XXI** mit einem Schwerpunkt zu IWF und Weltbank erscheinen zu lassen. Dabei geht es uns nicht nur darum, die konkrete Politik dieser Institutionen zu hinterfragen und zu kritisieren, sondern auch die Kritik daran. Wolfgang Dietrich geht in diesem Zusammenhang auf die bereits in unserem letzten Heft mit dem Artikel von Roland Atzmüller eröffnete Debat-

te über „Zivilgesellschaft“ ein und vertritt darin im Gegensatz zu Atzmüller eine postmoderne Sichtweise des Begriffes.

Welche konkreten Auswirkungen neoliberale Bildungspolitik haben kann und wie im Falle Mexikos dagegen Widerstand geleistet wird, läßt sich anhand eines Interviews mit StudentInnen des Streikrats der UNAM aus Mexiko-City nachvollziehen. Den zweiten Teil dieses Interviews werden wir in unserer nächsten Nummer, die Anfang November erscheinen wird, abdrucken.

Susie Pernicka hat mit einem Artikel über den internationalen Trend zur Patentierung von Leben eine gut lesbare Einführung in dieses nun auch hierzulande sehr aktuell werdende, aber in der Öffentlichkeit kaum präsente Thema geschrieben.

Zur aktuellen politischen Lage nach der Machtübernahme der FPÖVP-Regie-

rung in Österreich haben wir diesmal einen Beitrag über das Kernland des „3. Lagers“, Kärnten/Koroska und den spärlichen Widerstand dagegen.

Florian Markl schildert in seinem Beitrag die „Judenpolitik“ jener Partei des „3. Lagers“, die zwischen 1938 und 1945 hierzulande an der Macht war und zeigt, daß die volle Entfaltung des nationalsozialistischen Antisemitismus zuerst hier in Wien, unter reger Beteiligung der Bevölkerung getestet wurde, ehe sie im „Altreich“ umgesetzt wurde.

Abgerundet wird dieses Heft schließlich durch ein Gespräch mit Erwin Riess über sein neues Buch und zwei Kulturbeiträge, die durchaus als Ergänzungen des Artikels von Dieter Schrage über die Situationistische Internationale verstanden werden können, der in der letzten Nummer von **Context XXI** erschienen ist.

Abschließend möchte ich mich noch bei Stephan Grigat bedanken, der bisher als koordinierender Redakteur in der Redaktion beschäftigt war und mich als seinen Nachfolger vorstellen.

Stephan Grigat wird **Context XXI** auf jeden Fall in der Redaktion erhalten bleiben und ich werde mein bestes tun, diese Zeitschrift weiterhin zu einem qualitativ hochwertigen linken Magazin auszubauen und deren Themenvielfalt ebenso zu erhöhen, wie die Zahl der MitarbeiterInnen in der, zur Zeit leider noch sehr männlich dominierten Redaktion. Daß mit mir wieder ein Mann die Stelle des koordinierenden Redakteurs übernommen hat, mag für die Veränderung dieses Zustandes kein gutes Zeichen sein, aber da Männer zum Zivildienst müssen, werde ich vielleicht sowieso nicht lange als koordinierender Redakteur tätig sein können und eventuell ab November meinen Zivildienst in Jerusalem/al-Quds antreten müssen.

THOMAS SCHMIDINGER
SEPTEMBER 2000

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: contextXXI@mediaweb.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung **Redaktion:** diE nOt, Manfred Gmeiner, Stephan Grigat, Elfriede Hufnagl, Markus Kemmerling, Robert Kogler, Marianne Kreutzer, Markus Pinter, Thomas Schmidinger (koordinierender Redakteur), Alexander Schürmann-Emanuel (Hereingeber der Internet-Ausgabe), Markus Zingerle und Robert Zöchling (geschäftsführender Redakteur)

AutorInnen dieser Ausgabe: Wolfgang Dietrich, Henrike Kovacic, Tina Leisch, Florian Markl, Corinna Milborn, Stefan Neuwirth, Susie Pernicka, Jürgen Schmid **Titelgraphik:** diE nOt **Layout:** Kemmerling Zöchling & Partner Medien- und Informationsdienste KEG, Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien, Telefon 533 14 27-0, Telefax 532 74 16 **Hersteller:** Resch & Vana, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Abo:** 250,- ATS/Jahr; Förderabo: 700,- ATS/Jahr; Ausland: 350,- ATS/Jahr, Übersee: 450,- ATS/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten **Mitgliedschaft ARGE WDV:** 500,- ATS/Jahr; ermäßigt: 350,- ATS (inkl. Abo **Context XXI**) **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ 11.000) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://contextXXI.mediaweb.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint am 30. Oktober

Giordanos Auftrag

Ein Gespräch mit Erwin Riess

Erwin Riess hat mit „Giordanos Auftrag“ seinen ersten Roman vorgelegt. **ContextXXI** sprach mit dem Autor über den Text, die Situation der Linken in Österreich und die Möglichkeit von Gesellschaftskritik in Kriminalromanen. Das Gespräch führte

MANFRED GMEINER

ContextXXI: *Ihr erster Roman „Giordanos Auftrag“ hat die Form eines Krimis. Ermittler ist ein Journalist, der nach Ungarn reist, um einen Kriminalfall aufzuklären. Ist dies das erste Mal, daß Sie für einen erzählenden Text die Form eines Krimis wählten?*

Riess: Es ist mein erster Roman, wobei ich ihn gar nicht so sehr als Kriminalroman sehe, sondern als Fortsetzung der Geschichten, die vorher schon existierten, mit der selben Mannschaft: dem Rollstuhlfahrer Groll und seinem Freund und Kollegen, dem Dozenten. Da gibt es ja eine Reihe von Geschichten, es entstehen auch laufend neue, und die Ungarn-Sache hat sich wie von selbst zu einer vermeintlichen Kriminalgeschichte weiterentwickelt.

Das heißt, das Hauptthema ist wie bei Ihrem ersten Buch „Herr Groll erfährt die Welt“

(Elefantenpress Berlin) der ständige Dialog zwischen Groll und dem Soziologen, unter anderem auch über die Bedingungen, die behinderte Menschen in der Welt vorfinden?

Ja, wobei sich das in der letzten Zeit etwas verändert. Die Behinderungsfrage war früher stärker vorhanden, es war für mich notwendig, die schlechten, aber auch die erfreulichen Seiten von Behinderung zu thematisieren, so zum Beispiel, daß man Herrschaftsmechanismen erlebt, die man vorher gar nicht bemerkt hat. Man erfährt einiges über diese Gesellschaft, wenn man in diesem Verfremdungseffekt lebt, vor allem, wenn man vorher auch bewußt als nicht behinderter Mensch gelebt hat. Man hat sozusagen eine zweite Möglichkeit, die Dinge des Lebens zu sehen.

Das hat sich in den letzten Jahren insofern verändert, als das Thema der Behinderung zwar immer vorhanden ist und bisweilen an die Oberfläche kommt, die Geschichten, die erzählt werden, damit aber vordergründig nichts zu tun haben. Im Fall des Romans ist es eine Geschichte, die sehr stark mit dem Behindertenthema zu tun hat. Bei einer eventuellen Fortsetzung wird das nicht mehr so stark sein. Die innerliterarische Geschichte ist etwas, was nicht vom Kriminalroman herkommt, sondern von der Dialogstruktur in der Prosa. Ich habe es ein-

mal zurückverfolgt, das geht auf „Don Quijote“, die Auseinandersetzung zwischen Sancho Panza und „Don Quijote“, zurück, dann wurde das Dialogische wieder aufgenommen im „Tristram Shandy“ von Laurence Sterne. Diderot wiederum hat auf Sterne mit „Jacques, der Fatalist und sein Herr“ und „Rameaus Neffe“ rekurriert, und Brecht hat in den „Flüchtlingsgesprächen“ auf diese Struktur von Diderot zurückgegriffen. Das sind sozusagen die Vorbilder dieser Zweierstruktur, wo man Welt anhand von zwei Personen, die die Welt brechen, erzählt. Daß das dann auch noch eine Kriminalstruktur angenommen hat, war mir beim Schreiben gar nicht bewußt.

Das heißt, die Kriminalstruktur hat sich aus der Entwicklung der Geschichte ergeben?

Ja, die beiden fahren los nach Ungarn, Groll hat die Aufgabe einen Notruf aus einem ungarischen Behindertenheim zu recherchieren, und auf dem Weg dorthin gibt es jede Menge Umwege und Abenteuer, die die beiden erleben, diese Sache hat dann eine Eigendynamik angenommen.

Beim klassischen Kriminalroman hat man immer einen Polizisten, der etwas aufklärt, man erfährt etwas über die Soziologie der Polizei, wie es bei den italienischen Kriminalschriftstellern der Fall ist, das aber interessiert mich nicht. Mich interessiert nichts weniger als Polizeistrukturen zu bearbeiten. Mich interessieren die Auswirkungen dieser Konstellation auf die Gesellschaft und die Geschichten, die sich zwischen Menschen ereignen. Dies von zwei Personen brechen zu lassen, in ihrer Verrücktheit und Subjektivität, war das Ziel.

ÜBER DAS BUCH

Der im Rollstuhl sitzende Journalist, Ungarnkenner und Liebhaber der Donauschiffahrt Groll bekommt von Giordano, dem Herausgeber des „Manhattan Wheeling Courier“ den Auftrag, einem Hilferuf aus einem ungarischen Behindertenheim nachzugehen und einen Artikel darüber zu verfassen. Groll fährt mit seinem Freund, einem Soziologen, nach Ungarn und deckt einen Pornoring, der Behinderte für sadistische Videos mißbraucht, auf und wird um ein Haar selbst Opfer der Verbrecher. Mit Hilfe eines Roma-Mädchens gelingt ihm die Flucht.

Erwin Riess. Giordanos Auftrag. Elefantenpress, Berlin 2000, 284 Seiten, Hardcover, öS 280.–

Der Kriminalfall, der in der Geschichte behandelt wird, ist eine sehr brutale Geschichte, nämlich die Vermarktung von Behinderten in der Pornoindustrie. Haben Sie Informationen über die Pornoindustrie gesammelt, und liefern diese den realen Hintergrund der Geschichte?

Kurz zusammengefaßt geht es darum: In einem Behindertenheim werden die Heiminsassen zur Erzeugung von sogenannten Snuff-Videos mißbraucht, das sind Videos, in denen Leute vor laufender Kamera mißbraucht oder sogar getötet werden. Ich hätte das nie erfunden, wenn ich nicht in New York in der 42. Straße solche Videos in einer Reihe von Sexshops gesehen hätte, das ist übrigens interessanterweise die Gegend, in der auch die Fernsehanstalten New Yorks sitzen. Dort werden diese Videos relativ offen angeboten und ich habe gesehen, daß im Hintergrund der dargestellten Handlungen, Gebrauchsgegenstände mit ungarischer Aufschrift stehen. Da bin ich hellhörig geworden, da ich Ungarn sehr gut kenne. Ich habe dann versucht, über Freunde in Budapest zu recherchieren und bin draufgekommen, daß Budapest das Pornozentrum Osteuropas ist und daß es einen riesigen Markt für diese Gewalt und Snuff-Videos im Westen gibt. Die Aufnahmeplätze liegen in Nordungarn und der Slowakei. Die Behinderten, sowie die Leute, die dort arbeiten, kommen aus der Sowjetunion, Rumänien oder Polen. Das ist ein sehr einträglicher Geschäftszweig, dessen Produkte fast alle in



den Westen gehen. Und all das passiert unter den Augen der Polizei und wird infolge korrupter Strukturen nicht verfolgt. Die Produzenten können sehr frei und sicher agieren.

Es ist wahrscheinlich auch kein Zufall, daß die Videos für den Markt im Westen im Osten hergestellt werden.

Es war erschreckend zu sehen, das ist eine koloniale Ausbeutung, wie sie brutaler und sinnlicher erfahrbar gar nicht sein kann. Aber das ist genau das Schicksal dieser Länder, nachdem sie ihr System aufgegeben haben. Sie haben nie die Chance gehabt, auch nur Zweite Welt zu werden, sie können nur Dritte werden – mit wenigen Ausnahmen, Westungarn, Teile von Polen, aber der Rest ist Dritte Welt und wird das auch bleiben.

Ich möchte noch einmal zurückkommen auf den Dialog zwischen Groll und dem Soziologen, der sich in diesem Buch schon noch sehr stark mit der Situation von Behinderten auseinan-

dersetzt. Groll wird hier auch als Provokateur gezeichnet, der gegen in der Linken übliche und akzeptierte Meinungen (Ökologie, Marktkritik, und so fort) sehr pointiert auftritt, während der Soziologe versucht, diese Angriffe der speziellen Sicht von Behinderten zuzuschreiben und sie wissenschaftlich zu verarbeiten, ohne darauf politisch einzugehen.

Groll ist ein halbgebildeter, aber relativ erfahrener behinderter Mensch, der gelernt hat, mit seiner zusätzlichen Eigenschaft in dieser Gesellschaft zu überleben. Der Dozent ist ein Repräsentant der schönen weichen Wolke der linken Weltsicht, die bei ihm existentiell nicht gefährdet ist, weil er Erbe einer reichen Familie ist, und versucht, die Welt in einer Art und Weise zu erklären, die mit der Wirklichkeit wenig zu tun hat. Dieses Muster ist in Österreich unter vielen Linken sehr verbreitet, soviel Wirklichkeitsverdrängung existiert unter anderen Tei-

Die Bilder von Donauschiffen in dieser Ausgabe wurden uns freundlicherweise von

© ERWIN RIESS

zur Verfügung gestellt.



len der Bevölkerung kaum. Und ich nehme mich da selber nicht aus, ich hab' mich ja auch lange Jahre mit den Klassikern und ihren letztlich mechanistischen und teleologischen Theorien über Gesellschaftsformationen befaßt. Dieses Halbwissen hat einige Zeit Sicherheit vermittelt, und gleichzeitig war es unglaublich hohl. Ich bin aber kein Konvertit, ich stehe zu dem, was ich gelesen und verstanden habe und bin in diesem Sinn auch noch Marxist und ein klassischer Linker. Die Behinderung hat mir aber einiges an positiven Möglichkeiten zusätzlich verschafft. Sie lehrte mich zu sehen, wie in anderen Staaten, zum Beispiel Westeuropas, behinderte Menschen leben und wie ein sehr freier Kapitalismus dennoch bestimmte Möglichkeiten von Integration und das Bestehenlassen von anderen Lebensformen auch noch zuläßt, was aber in Österreich nicht funktioniert. Das führte mich zu einer immer stärkeren Beschäftigung mit der österreichischen Geschichte. Denn offensichtlich ist nicht der Kapitalismus allein das Problem, sondern die Geschichte von Unterdrückung und Gegenauflärung, die in Österreich bis in die Gegenreformation zurückreicht, das Lustfeindliche, Sinnesfeindliche, der Spaß an der uneigennützigen Gemeinheit, wie Friedrich Heer das nannte. Und von da an habe ich mich mit dem Kapitalismus auch im Sinne einer die Gesellschaft ständig umwälzenden Kraft auseinandergesetzt. Es ist schon erstaunlich, was dieses Gesellschaftssystem bei allem Schrecken immer noch hervorbringt. Und derzeit ist es ja recht spannend zu sehen, in welche Richtung sich

die Linke, sofern man überhaupt noch von einer konsistenten Linken sprechen kann, weiterentwickelt. Diese reine, religiös verbrämte Gegenwelt, das war schon ein schöner und toller Entwurf, aber er konnte nicht wirklich erfolgreich sein auf die Dauer. Diese rüde Form des Sozialismus und Kommunismus hängt sehr stark mit dem Krieg zusammen und funktioniert für friedliche Entwicklungsmöglichkeiten ohne Wertgesetz nicht mehr.

Sehen sie zur Zeit Ansätze in der Linken zu einer neuen Form des Protests oder Widerstands gegen den Kapitalismus, oder läßt die Linke ihre Möglichkeiten aus?

Ich habe den Eindruck, daß in Österreich und auch in Deutschland ganze Traditionszusammenhänge von Widerstand gebrochen sind. Die Grünen sind zum Teil das Medium dieses verlustig gegangenen Wissens um kapitalistische Strukturen. Die Gewerkschaften sind auch nicht mehr in der Lage, dieses Wissen weiterzuführen. Das sind sie zum Teil noch in den südlichen Ländern. Eine linke Struktur ist nicht ohne Aktionen und politische Bewegungen, die auf der Straße stattfinden, zu bekommen.

Ich möchte noch einmal zum Thema des Kriminalromans zurückkommen. Glauben Sie, daß es möglich ist, in einem Roman die Strukturen der Kriminalisierung, die sehr eng mit Herrschaft verknüpft sind, aufzugreifen, oder läßt sich das bei der Flut von Medien, die Kriminalität schaffen, nicht mehr aufbrechen?

Das Entscheidende ist, daß man eine Geschichte hat, die von sich aus Weiterungen hat. Man braucht einen Kern, der so stark ist, daß er von sich aus wächst. Die Geschichte muß aufgehen. Dann ist es auch möglich, diese Kriminalisierungsstrukturen mitzuerzählen. Schlecht ist es, wenn man mit einer Vorgabe an die Geschichte herangeht. Die Geschichte von „Giordanos Auftrag“ begann mit der Reise nach Ungarn und stand dann lange still, als ich auf den Kriminalfall mit den Behinderten gestoßen bin, da ich nicht sicher war, ob ich das erzählen kann und will. Erst als ich mich ganz auf die Geschichte eingelassen habe und sie sich quasi von selber weitererzählt hat, konnte der Roman entstehen. Wenn man sich auf dieses Abenteuer nicht einläßt, sollte man nur noch Essays schreiben oder Theaterstücke, was ich auch tue, aber keine erzählende Prosa.

Sie selber haben auch einmal eine Zeitung herausgegeben, der streit, die sie, auch um sich ganz der Literatur zu widmen, aufgegeben haben. Sehen sie in der Literatur eine adäquatere Art sich auszudrücken oder eine bessere Form an die Menschen heranzukommen?

Der zweite Gesichtspunkt spielt überhaupt keine Rolle. Das Schreiben ist für mich einfach zum Lebensmittelpunkt geworden, auch schon in der Zeit, als ich den *streit* herausgab. Aber man kann sich nur eine Zeit lang Gewalt antun, irgendwann zieht man den Schluß, wenn man schreiben will, muß man so leben, daß man schreiben

kann. Ich habe auch meine Brotarbeit im Wirtschaftsministerium aufgegeben, um mich ganz dem Schreiben widmen zu können. Anders wären all die Geschichten, Stücke und Essays der letzten Jahre nicht entstanden. Es war eine Entwicklung, die mit mir zusammenhängt und keine Frage, wie man an Leute herankommt, das interessiert mich in der Literatur eigentlich gar nicht.

Sind ihre nächsten literarischen Projekte wieder Erzählungen?

Ich schreibe weiterhin Groll-Geschichten für die *Volksstimme*, die *Stimme der Kinder* und andere Zeitungen. In letzter Zeit arbeite ich viel im Genre des politischen und literarischen Essays – meist für *Wespennest*, demnächst über das neue Buch von Elfriede Jelinek für *Literatur-Konkret*. Dann zeichnet sich ein Stückprojekt ab, das mit der jüngeren österreichischen Geschichte zu tun hat. Meine letzten Stücke über Grillparzer und Stephen Hawking sind ja erst im April und Mai in Wien und London gelaufen. Parallel dazu beginnen die Vorbereitungen für die Verfilmung von „Giordanos Auftrag“, ein erster Drehbuchentwurf liegt vor, und seit kurzem steht auch der Regisseur, Didi Danquart, (zuletzt: „Viehjud Levi“) aus Deutschland fest.

Vielleicht gibt es auch eine Fortsetzung des Romans. In der Prosa kann ich auf jeden Fall nur Groll-Geschichten schreiben, mein erzählendes Subjekt ist Herr Groll, und der ist noch lange nicht mit mir fertig. Die Figur ist mir sehr nahe, sie hat viele Züge von mir und ist meine Möglichkeit, Wirklichkeit zu bewältigen.

Danke für das Gespräch.

Modell Wien

Avantgarde der Vernichtung

Daß Wien als Experimentierfeld für die Umsetzung nationalsozialistischer Politik fungierte, trifft insbesondere auch auf die nationalsozialistische „Judenpolitik“ zu, so daß in diesem Zusammenhang häufig von einem „Modell Wien“ die Rede ist.

Bereits Anfang der neunziger Jahre analysierten Götz Aly und Susanne Heim unter Verwendung dieses Begriffes den Versuch, die vergleichsweise hoffnungslos darniederliegende Wirtschaft binnen kürzester Zeit grundlegend umzugestalten und an die wirtschaftliche Entwicklung des Reiches anzupassen. Die dabei in Gang gesetzte Politik beruhte vor allem auf der Verbindung zweier Faktoren. Einerseits sollten in einem enormen Rationalisierungsschub unrentable Betriebe geschlossen werden, um so den verbleibenden Unternehmen bessere Rahmenbedingungen zu verschaffen. Andererseits dienten diese Maßnahmen der gewünschten zügigen „Entjudung“ der Wirtschaft: Indem die überwiegende Mehrzahl der sich in jüdischem Besitz befindlichen Betriebe den Rationalisierungen zum Opfer fielen und die restlichen „arisiert“ wurden, konnten die Kosten dieser Politik beinahe vollends auf die Juden und Jüdinnen überwältigt werden, die gleichzeitig ihrer Einkom-

mensquellen beraubt wurden. Die Umsetzung dieses Programmes ging schnell und plangemäß vonstatten. „Die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte in Wien sank innerhalb weniger Monate auf die Hälfte. Im Handwerk wurden 83 Prozent der jüdischen Betriebe stillgelegt, in der Industrie 26 Prozent, im Wirtschaftssektor Verkehr 82 Prozent. Von insgesamt 86 Banken blieben acht übrig.“¹ Diese aus Sicht der NationalsozialistInnen äußerst erfolgreiche Politik wurde zum Vorbild für wirtschaftliche Rationalisierungen und „Arisierungen“ in den von Deutschland besetzten Gebieten Europas (z.B. in den Niederlanden). Auch die zur Vertreibung der pauperisierten jüdischen Bevölkerung neu eingerichtete Institution sollte alsbald Modellcharakter erhalten.

Unter der Leitung von Adolf Eichmann wurde im Palais Rothschild in der Prinz-Eugen-Straße (dem heutigen Standort der Arbeiterkammer) die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ eingerichtet. Zwischen März 1938 und Juli 1939 gelang es den „Eichmann-Männern“ über 100 000 Juden und Jüdinnen aus der „Ostmark“ zu vertreiben. Die Opfer erhielten die für die Ausreise nötigen Papiere und Devisen erst, nachdem sie ihr gesamtes Vermögen an den

In den historischen Forschungen zum Nationalsozialismus und der Shoah ist in den letzten Jahren immer wieder auf die große Bedeutung hingewiesen worden, die Wien für die Politik der Nazis besaß. In den Monaten nach dem sogenannten „Anschluß“ im März 1938 wurde diese Stadt in mehrerlei Hinsicht zu einem Experimentierfeld für die diversen deutschen Planungsstäbe.

VON FLORIAN MARKL*

*) Florian Markl studiert Politikwissenschaft in Wien



Abb. A
Wer wen „angeschlossen“ hat

deutschen Staat abgetreten hatten. Mit einem Teil des Geldes der reicheren Juden und Jüdinnen wurde die Ausreise der ärmeren finanziert. Im Vergleich zu den deutschen Erfahrungen mit der Politik der forcierten Auswanderung waren die Ergebnisse aus der Sicht der Nationalsozialisten hierzulande so beeindruckend, daß nach dem Wiener Vorbild in Prag und Berlin ebenfalls „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ eingerichtet wurden.

Wenngleich die Arbeit von Aly/Heim für die historische Forschung von großer Bedeutung war, wurden die darin gezogenen weitreichenden Schlußfolgerungen scharf kritisiert. Die Annahme es gäbe eine „Ökonomie der Endlösung“, innerhalb derer auch Auschwitz und der millionenfache Mord letztlich noch auf utilitaristische Ziele zurückgeführt werden könnten, wurde zu recht als ein untauglicher und unhaltbarer Versuch der Rationalisierung der Shoah zurückgewiesen.

In der Debatte um die Thesen von Aly/Heim plädierte Dan Diner dafür, einen historiographischen Perspektivenwechsel vorzunehmen. Nur aus der Perspektive der sogenannten „Judenräte“ sei es möglich, die nationalsozialistische Vernichtungspolitik als Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Bruch zu begreifen: Kontinuität, insofern sie an die Jahrhunderte alten Methoden der Ausgrenzung und Diskriminierung der Juden und Jüdinnen ansetze; Bruch, insofern die Shoah historisch beispiellos war und ist. Die Perspektive der „Judenräte“ offenbare jene „historische Krise“, die der

Holocaust markiert. „Es handelt sich hierbei um die Krise von universellen handlungsanleitenden Denkformen, die auf Utilitarismus, Nützlichkeitsabwägungen und Selbsterhaltungsabsicht des Feindes spekulieren. In ihrem antizipatorischen Handeln gegenüber den Nazis reagierten die Judenräte auf ein von ihnen angenommenes *traditionell Böses* (...)“,² und sie mußten mit diesem Handeln scheitern, weil das deutsche Vernichtungsprogramm immer bereits zumindest einen Schritt weiter war, als es für die Repräsentanten der jüdischen Gemeinden vorstellbar gewesen war.

Instanzen der Ohnmacht

Doron Rabinovici nimmt in seiner unlängst erschienenen Studie über die jüdische Gemeinde Wiens in den Jahren zwischen 1938 und 1945 die von Diner geforderte Perspektive der „Judenräte“ ein und verdeutlicht in seiner Arbeit erneut, welche enorme Bedeutung Wien für die nationalsozialistische Vernichtungspolitik hatte.³

Die Wiener Juden und Jüdinnen befanden sich ab März 1938 in einer Situation, die selbst innerhalb des „Deutschen Reiches“ beispiellos war. Sie wurden dabei „(...) nicht Opfer einer von außen kommenden Politik. Jene Ausschreitungen und Raubzüge, die bisher in Deutschland unvorstellbar gewesen waren und nunmehr das ganz besondere Ambiente des nazistischen Wiens ausmachten, setzten nicht erst nach dem Einmarsch der deutschen Truppen, sondern bereits in der Nacht davor ein.“⁽⁵⁷⁾ Der ungezügelter antisemitische Terror veranlaßte selbst die

neuen Machthaber, mäßigend auf die aufgepeitschte Bevölkerung einzuwirken. Zwei Tage nach dem Einmarsch deutscher Truppen wurden die wilden Ausschreitungen und unkoordinierten Enteignungen untersagt. Zweifellos waren die nationalsozialistischen Behörden nicht weniger antisemitisch eingestellt als das nunmehr zur Tat schreitende Volk, doch war ihnen der regellose Aufruhr ein Dorn im Auge. Nicht zuletzt aufgrund der negativen Erfahrungen mit gewalttätigen Ausschreitungen im Deutschland nach der „Machtergreifung“ 1933 wollten sie der „Entfernung“ der Juden und Jüdinnen aus der „Volksgemeinschaft“ zumindest nach außen hin einen rechtsstaatlichen Anschein verpassen.⁴

Unmittelbar nach dem „Anschluß“ begann die „Säuberung“ der „ostmärkischen“ Gesellschaft: Allein im Jahr 1938 wurden knapp hundert antijüdische Gesetze, Erlasse etc. in Kraft gesetzt. Die Juden und Jüdinnen wurden unter anderem aus etlichen Berufen ausgeschlossen, beinahe jeder Erwerbsmöglichkeit beraubt und dadurch das Überleben tausender Menschen von karitativen Einrichtungen abhängig gemacht, freilich ohne daß die Betroffenen auf Unterstützung durch „nicht-jüdische“ Organisationen hoffen konnten. Doch auch von der „Israelitischen Kultusgemeinde“, die über eine Vielzahl von Sozialeinrichtungen verfügte, war zunächst keine Hilfe zu erwarten. Sie hatte ab dem 18. März ihre Tätigkeiten einzustellen und durfte erst am 2. Mai 1938 ihre Arbeit wieder aufnehmen – als ohnmächti-

1 Aly, Götz/Heim, Susanne: *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt/Main 1993, S.38

2 Diner, Dan: *Die Wahl der Perspektive. Bedarf es einer besonderen Historik des Nationalsozialismus?*, in: Schneider, Wolfgang (Hrsg.): *„Vernichtungspolitik“. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland*, Hamburg 1991, S.65-75, hier S.73f.

3 Vgl.: Rabinovici, Doron: *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt/Main 2000; Alle in Klammern gestellten Seitenangaben beziehen sich auf dieses Buch.

4 Vgl. dazu Hinweise bei Bankier, David: *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung*.

ge Instanz der nationalsozialistischen Herrschaft, die zwar bis auf weiteres den Namen beibehielt, mit der Vertretung einer autonom handelnden jüdischen Gemeinde allerdings kaum noch etwas gemein hatte.

Die besondere Lage der österreichischen Juden und Jüdinnen verdeutlicht Rabinovici unter anderem anhand des sogenannten Novemberpogroms. Während die Ereignisse in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 für die jüdischen Gemeinden im „Altreich“ eine einschneidende Wende bedeuteten, unterschieden sie sich in Österreich nur quantitativ von den Geschehnissen der vorangegangenen Monate. Bereits im Oktober wurden in Wiener Synagogen die Fenster zerschlagen, wurden Gebetshäuser zerstört und wurde der große Tempel im 2. Bezirk angezündet. „Auf den Punkt gebracht, ließe sich sagen: Während im März 1938 der „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich erfolgte, wurde mit dem Novemberpogrom 1938 der Anschluß des „Altreichs“ an die „ostmärkische Judenpolitik“ vollzogen. Die vorhergehenden Ausschreitungen in Wien mögen erklären, warum das Novemberpogrom dort brutaler als in vielen anderen Städten ablief. (...) Der antisemitische Mob hatte die Gewalttaten schon eingeübt.“ (124)

Rabinovici beschreibt die verschiedenen Etappen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik: von den verzweifelten Fluchtversuchen der Juden und Jüdinnen über die ersten Deportationen bis hin zur massenhaften Verschleppung in die Vernichtungslager. Dabei

stützt er sich im Gegensatz zum überwiegenden Teil der Holocaustforschung nicht auf die Sichtweise der deutsch-österreichischen Täter, sondern auf die überlieferten Berichte der Opfer. Sein Hauptaugenmerk richtet er auf die Handlungen und Handlungsmöglichkeiten der Kultusgemeinde und arbeitet genau heraus, daß deren MitarbeiterInnen in einem Dilemma gefangen waren, aus dem es keinen Ausweg gab.

Hannah Arendt bemerkte anlässlich des Eichmann-Prozesses 1961, die deutsche Vernichtungspolitik gegenüber den Juden und Jüdinnen wäre zwar auch ohne die Kooperation der „Judenräte“ gleich schrecklich gewesen, doch wären die Deutschen ohne die Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeinden wohl kaum in der Lage gewesen, so viele Menschen zu ermorden.⁵ Rabinovici wird dagegen nicht müde festzustellen, daß sich für die Kultusgemeinde die Frage, ob sie mit den Nationalsozialisten kooperieren oder jegliche Zusammenarbeit verweigern sollte, gar nicht stellte. Schon allein um die jüdische Selbsthilfe für die vielen Verelendeten organisieren zu können, mußte sie von den deutschen Behörden als Verwaltungsinstanz zugelassen werden. So waren im Dezember 1939 von den 55.000 in Wien verbliebenen Juden und Jüdinnen 50.000 auf Essensausgaben und andere Unterstützungen angewiesen, ohne die sie schlicht und einfach verhungert wären.

Die Nazis hatten durchaus ein Interesse daran, die Gemeinde als Ausführungsorgan der Behörden bestehen zu lassen. Aus Sicht der

jüdischen Funktionäre hingegen war die Zusammenarbeit mit den Verfolgern die einzige Möglichkeit, um zumindest den Versuch zu unternehmen, das Leid der Opfer ein wenig zu lindern sowie Fürsorge und Flucht zu organisieren. Damit war die Kultusgemeinde jedoch in jenem objektiven Widerspruch gefangen, der zum Charakteristikum aller „Judenräte“ im deutschen Herrschaftsgebiet wurde: Einerseits unternahm sie enorme Anstrengungen in dem Versuch, den Juden und Jüdinnen unter sich rapide verschlechternden Bedingungen ein Weiterleben zu ermöglichen. Andererseits wurde sie dadurch zu einem ausführenden Organ der nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik – freilich ohne auf die Gestaltung dieser Politik Einfluß nehmen zu können. Die Wiener Kultusgemeinde wurde zum Vorläufer und Prototyp der „Judenräte“ im von Deutschland besetzten Teil Europas. „Die jüdische Verwaltung versuchte, Zeit zu gewinnen; sie wollte wenige opfern, um viele zu retten. Jede Entscheidung für das Leben war eine für den Tod. Um das Ghetto zu bewahren, gaben sie es der Vernichtung preis. Alle ihre Strategien, Menschen zu retten, waren zum Scheitern verurteilt.“ (423/424) Pauschale Vorwürfe gegen die Funktionäre der „Judenräte“ gehen somit an der historischen Realität vorbei. „Die jüdische Gemeindeleitung Wiens unterlag denselben Zwängen wie alle Juden, sie verfügte über keine eigene Macht, sondern war zur bloßen Instanz geschwunden, zu einer Instanz der Ohnmacht.“ (426) ■



Abb. B
Wer wen „angeschlossen“ hat

⁵ Vgl.: Arendt, Hannah: *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, München 19984, S.218f.

Zivilgesellschaft und Entwicklungsmythos

Pluralität und Zivilgesellschaft können als postmoderne Antwort auf den modernen Mythos von Entwicklung gesehen werden

VON WOLFGANG DIETRICH*

Den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern...“ nahm sich die UNO in der Präambel zu ihrer Charta von 1945 vor. Das Ziel dieses Vorhabens war konsequenterweise die Schaffung eines globalen Paradieses im Diesseits. Daß laut jüngstem UNICEF-Bericht selbst in Industrieländern jedes sechste Kind in Armut lebt und das weltweit für mehr Menschen gilt als jemals zuvor in der Geschichte, provoziert die Frage, ob Entwicklung durch fünf Jahrzehnte das richtige Ziel mit falschen Mitteln verfolgte, oder ob das Ziel selbst das Problem ist.

Entzauberung des Mythos von Entwicklung

„Entwicklung“ gehört zu den beliebtesten, weil auf angenehme Art nichtssagenden Zauberwörtern im politischen Diskurs der Moderne. In der mythenhaften Bedeutung, die man ihm durch Jahrzehnte zuschrieb, entfaltete sich der Begriff nach dem Zweiten Weltkrieg. Er wurde zuvor von den Naturwissenschaften in die Sozialwissenschaften und von da in den politischen Alltag übernommen. Während die Entwicklungstheorien der letzten fünf Dekaden eine Vielzahl von Widersprüchen produzierten, blieb die heimliche Botschaft des Begriffs „Entwicklung“ konstant: Er unterstellt, daß Gesellschaf-

ten gleich Pflanzen von einem Stadium geringerer Reife und Wertigkeit zu einem solchen der Blüte und Vollendung voranschreiten würden. Obwohl Sozial- und Geschichtswissenschaften den definitiven Beweis für diese deterministische Annahme stets schuldig blieben, diente sie über Generationen hinweg als unbestreitbares Paradigma sowohl für marxistische als auch für liberale und sogar für christlich inspirierte Versionen des Entwicklungsdiskurses. Daher kreisten alle Überlegungen um die Frage, wie das Pflänzchen Gesellschaft zu düngen, zu gießen und zu beleuchten wäre, damit es am besten gedeihe. Später machte man sich im Rahmen von Abhängen- und Weltsystemtheorien auch Gedanken über die Platzierung im richtigen Biotop, ein grundsätzlicher Zweifel an der Eigenschaft von Gesellschaften, sich zu entwickeln, galt aber zumindest bis in die späten achtziger Jahre als unwissenschaftliche oder politisch inkorrekte Ketzerei. Der historische und ideologische Hintergrund für diese Denkregel ist ein lineares Zeit- und Geschichtsverständnis, aus denen sich alle genannten Denkrichtungen – unabhängig von ihrer zeitweisen Rivalität – ableiten.

Der Begriff der „Nachhaltigkeit“ findet mit dem berühmten Bericht an den Club of Rome von 1972 un-

ter dem Titel „Grenzen des Wachstums“ Eingang in die entwicklungspolitische Diskussion. Mitte der achtziger Jahre rückt ihn der Brundtland-Bericht unter dem Titel „Our Common Future“ in eine zentrale Position dieser Diskussion, und seit der Rio-Konferenz von 1992 ist der Begriff „Entwicklung“ ohne „Nachhaltigkeit“ kaum noch diskutierbar.

Mit Nachhaltigkeit werden neuerlich Beobachtungen und Regelsätze aus dem Umgang mit der Pflanzenwelt auf Gesellschaften angewendet. Dahinter verbirgt sich das seit den siebziger Jahren wachsende Unbehagen über den linearen Entwicklungsbegriff. Denn für eine einzelne Pflanze endet ihre „Entwicklung“ bekanntlich nicht mit der Blüte, sondern mit dem Tod. Man begriff nun, daß, wenn gesellschaftliche Entwicklung wirklich linear verlaufen sollte, die Spitze des Pfeils letztlich einmal nach unten zu zeigen beginnt. Aus dieser Sorge leitete sich die Forderung nach Nachhaltigkeit ab. Ein Forst entwickelt sich nicht linear von einer Keimzelle über eine Blütephase zum Tod, sondern er erneuert sich dauerhaft und zyklisch, wenn der Mensch dies zuläßt. Ebenso sollte es ab nun mit Gesellschaften gemacht werden, damit lineare Entwicklung nicht in der Selbsterstörung der Menschheit ende.

*) Wolfgang Dietrich ist Vorsitzender des wissenschaftlichen Komitees des Österreichischen Lateinamerika-Instituts und derzeit Gastprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Dies ist einsichtig und wurde auch breit rezipiert. In der Praxis hat sich allerdings ein Synkretismus aus altem Entwicklungsdenken und neuer Nachhaltigkeit ergeben. Heute beanspruchen fast alle Entwicklungsprojekte eine Nachhaltigkeitskomponente, aber nur selten werden die Paradigmen sauber getrennt. Ein wesentlicher Grund dafür ist die technokratische Abwicklung derartiger Projekte unter hoheitlicher Aufsicht und Mitwirkung. Dies muß deshalb so sein, weil der moderne Nationalstaat in seinem Selbstverständnis Produkt und Träger des modernisierenden Entwicklungsmythos ist. Deshalb geraten auch paradigmatisch anders gemeinte Projekte immer dann unter wachstumsorientierten Druck, wenn staatliche Autoritäten oder marktorientierte Akteure in den Ablauf involviert werden – egal, ob dies auf der Seite der „Geber“ oder der „Nehmer“ der Fall ist. Nachhaltigkeit verlangt nach Zivilgesellschaft.

Erinnerung an die Gegenwart

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich eine gewisse Skepsis gegenüber der Wertigkeit von Zukunft. Im Lichte einer linearen Wahrnehmung gesellschaftlicher Zeit ist die Zukunft immer besser als die Gegenwart und die Gegenwart immer besser als die Vergangenheit. Daraus läßt sich nur allzu leicht die Forderung ableiten, die Mühen der Gegenwart für eine bessere Zukunft zu ertragen, wie das staatliche Autoritäten von ihren „Staatsvölkern“, angeblich zu deren Besten, regelmäßig fordern. Der moderne Staatsbürger tauscht dabei die Gewissheit des Jetzt

gegen das fortschrittliche Versprechen auf eine bessere Zukunft. In der Moderne wird die Gegenwart als Übergangsstadium zwischen Vergangenheit und Zukunft geradezu ausgelöscht.

Eine zukunftsorientierte Gesellschaft – jenseits der Logik des modernen Nationalstaats und seiner supra-staatlichen Herrschaftsinstrumente wie WTO, IWF, Weltbank, NATO... – ist eigentlich ein Paradoxon, weil das reale Leben doch hier und jetzt stattfindet, jetzt zu organisieren und jetzt zu spüren ist, und weil wir von der Zukunft nicht mehr wissen, als daß sie möglicherweise stattfinden wird. So begründet sich das Scheitern vieler entwicklungspolitischen Projekte auch darin, daß Zielvorstellungen, die in einem hoheitlichen oder marktorientierten Kontext begründet werden, mit den sozialen Vorstellungen der Zielgruppen, die ihre Gegenwart nicht opfern wollen, nicht korrespondieren.

Ebenso erscheint es seltsam, just die Nachhaltigkeit unter das Zeichen der Zukunft zu stellen, wie das der Brundtland-Report tat, so als wäre der Forst (die Gesellschaft) nicht kraft seiner gegenwärtigen Natur und Funktionsweise nachhaltig, sondern so als würde der gegenwärtige Zweck des Waldes (der Gesellschaft) darin liegen, in Zukunft noch besser zu existieren. Solange die Zukunft als wertvoller wahrgenommen wird als die Gegenwart, werden wir von ihr auch mehr erwarten und verlangen als von der Gegenwart – und das wird uns dazu verleiten, uns gerade in der Gegenwart NICHT nachhaltig einzurichten, sondern im Sinne des vektoralen Entwick-

lungsdenkens die Nachhaltigkeit in eine bessere Zukunft zu verschieben, wie die Erfahrung der realen Politik seit Rio und Kyoto zeigt.

Zivilgesellschaft als postmoderne Antwort auf Entwicklung

Der lange Zeit aus der politischen Diskussion verschwundene Begriff „Zivilgesellschaft“ erlebte seine Renaissance mit dem Widerstand gegen die neo-liberale Diktatur Pinochet in Chile. Seit dem relativen Erfolg dieser Bewegung bezeichneten die Kommentatoren in Lateinamerika, und später auf der ganzen Welt, immer öfter politische und soziale Aktivitäten jenseits der hoheitlichen Verwaltung als „zivilgesellschaftlich“. In der wissenschaftlichen Diskussion dient „Zivilgesellschaft“ inzwischen als Sammelbegriff für alle Ausprägungsformen des sozialen Lebens, die im Zeichen des Neoliberalismus den Raum zwischen Staat und Markt besetzen.

Trotz der Negativdefinition versteht sich Zivilgesellschaft in diesem Sinn nicht als Restgröße zu Staat und Markt, sondern als eigene Kraft. Diese resultiert aus den demokratiepolitischen Defiziten des modernen Nationalstaats und den sozialen Reaktionen darauf. In einem postmodernen Verständnis von Staat, Markt und Gesellschaft steht der Staat daher als uniformierender Ordnungsfaktor, der Markt als Wachstumsfaktor. Die Zivilgesellschaft aber hält das pluralistische, demokratische Potential. Weil Wissenschaft und veröffentlichte Meinung besonders in den Industrieländern von Staat und Markt beherrscht werden, gehen Werte und Orientierungen des gesellschaftlichen Lebens in diesen



postmodernen Demokratien regelmäßig von der Zivilgesellschaft aus. Denn wo Staat und Markt die Themenführerschaft übernehmen, ist es um Demokratie und Menschenwürde schlecht bestellt.

Zivilgesellschaft gibt es nach dieser Definition überall, wo es Staat und Markt gibt, heutzutage also überall. Während Staat und Markt dem modernen Imperativ von Einheit und Effektivität verpflichtet sind, definiert sich Zivilgesellschaft über die Pluralität von Meinungen und Interessen. Demgemäß gibt es nicht die eine Zivilgesellschaft, sondern immer nur viele Zivilgesellschaften, die sich räumlich und zeitlich überlappen. Ein und dieselbe Person kann Mitglied mehrerer Zivilgesellschaften sein. Diese Vielfalt führt dazu, daß laufend neue Anliegen, Wege und Möglichkeiten definiert werden. Postmodern und optimistisch kann das als fairer Wettbewerb von Visionen und Ideen über das „gute Leben“ und die Bewältigung aktueller Herausforderungen interpretiert werden, modern und pessimistisch als Gefahr politischer Entgleisungen und permanenter Selbstverstümmelung sozialer Anliegen. In jedem Fall ist diese Pluralität zugleich riskant und unumgänglich.

Die zivilgesellschaftliche Themenführerschaft im Zusammenhang mit der Debatte um „Entwicklung“ ist nun deshalb wichtig, weil ein von Staat und Markt dominierter Diskurs zwangsläufig das vektorale Paradigma in sich trägt, und dies den öffentlichen Diskurs so sehr dominiert, daß ein im Nachhinein begonnener Widerstand im Regelfall als destruktiv, „rückwärts orientiert“ und jedenfalls negativ aufgenommen wird. Themen-

führerschaft bedeutet daher, lokale und aktuelle Sachfragen oder Anliegen der Logik und Wertskala des linearen Entwicklungsdenkens zu entziehen, um gesellschaftliche Aktivitäten an der Würde der konkret betroffenen Menschen zu messen. Es geht dabei keinesfalls darum, daß die Zivilgesellschaft zukunfts-trächtige Themen in einem Wettlauf vor dem Staat oder dem Markt lanciert, sondern darum, daß sie durch dauerhaftes Dasein, reales Existieren die Vielfalt und Flexibilität von Werteskalen vorgibt, an der neue Themen gemessen werden. Das erfordert einen hohen Grad an sozialer Aufmerksamkeit und demokratischem Selbstbewußtsein in einer vielfältigen Wirklichkeit. Beides haben Staat und Markt in der Moderne den Menschen weitgehend abgerungen. Zivilgesellschaft bedeutet daher auch die bewußte Wiedergewinnung unserer konkreten Orte als Plätze des Lebens, unseres Bewußtseins und unserer Fähigkeit zur intersubjektiven und interkulturellen Kommunikation.

Das Hauptproblem in diesem Zusammenhang ist ein organisatorisches: Um so schwieriger die Analyse, um so größer die Bedrohung und sensibler die Artikulation eines Anliegens, um so mehr wird sich die zivilgesellschaftliche Initiative eine feste Struktur geben. Dauerhafte und überregionale Bündnisse haben aber die Tendenz, sich zu institutionalisieren und letztlich zu „verstaatlichen“, wie etwa der Werdegang der „Grünen“ von der Bewegung zur wertkonservativen und staatstragenden Partei in mehreren Ländern gezeigt hat. Damit verlieren sie ihren zivilgesellschaftlichen Charakter. Denn die Zivilge-

sellschaft muß in der Auseinandersetzung mit Staat und Markt immer „schwach“ sein. Dabei handelt es sich nicht um eine argumentative oder moralische Schwäche, sondern um eine definitorische, weil eine geeinte und „starke“ Zivilgesellschaft dazu tendiert, selbst Staat oder staats-tragend zu werden. Solange dies im Bewußtsein gehalten wird, ist die konkrete Organisationsform zivilgesellschaftlicher Initiativen sekundär. Allerdings zeigt die Erfahrung, daß der institutionalisierende Weg von der Bewegung zur NGO, von da zur quasistaatlichen Einrichtung und zum staatstragenden Machtfaktor sehr verlockend ist.

Pluralität und Menschenwürde

Unter dem heute viel verwendeten Schlagwort „Globalisierung“ ist nichts anderes zu verstehen als der Versuch der progressiven und alleinigen Besitznahme der ganzen Welt durch Staat und Markt, die sich im Zuge dieses Prozesses neue Namen, wie WTO, IMF, Weltbank, NATO, ASEAN, APEC, MERCOSUR, NAFTA oder EU geben. Das ist eigentlich ein Vorgang, der sich seit Jahrhunderten hinzieht und zuletzt aufgrund der technischen Möglichkeiten enorm beschleunigt hat. Die Zivilgesellschaft kann und soll vom Zugang zu diesen technischen Geräten nicht ausgeschlossen bleiben. Akzeptiert sie allerdings mit diesen Geräten auch die Ideologie, welche sie hervorgebracht hat, so ergibt sie sich dem Diktat von Staat und Markt. Zivilgesellschaft wird sich daher am Partikularen, am Besonderen, am Kleinen, am Langsamen und am Gegenwärtigen orientieren.

Wenngleich die vielen Zivilgesellschaften definitions-gemäß nicht ein einziges gemeinsames Ziel haben können, so ist es gerade die Vielheit ihrer Ziele im Spannungsfeld zwischen Staat und Markt, die sie vereint. Pluralität ist in diesem Sinn ein anderes Wort für Menschenwürde. Staat und Markt drängen immer zur Homogenität und Uniformität. Aber das betrifft verschiedene Kontexte nicht auf eine immer gleichbleibende Art. Die Vielheit zivilgesellschaftlicher Aktionen und Organisationsformen entspricht der Vielheit dieser Kontexte und ihrer Betroffenheit. Daher ist auch diese Vielheit und die Unüberschaubarkeit ihrer Themen das demokratische Potential der Zivilgesellschaft.

Der Austausch entsprechender Erfahrungen ist wichtig, weil die diskursive Themenführerschaft seitens Zivilgesellschaft entscheidend für die Wahrung der Menschenwürde ist. Aus diesem Austausch kann aber keine einheitliche Handlungsanleitung oder Heilsversprechung folgen, eben weil diese Einheitlichkeit und lineare Zielausrichtung der Natur von Zivilgesellschaft von Grund auf widersprechen würde. Die große Herausforderung zivilgesellschaftlicher Aktivität im neuen Jahrtausend wird daher zu einem guten Teil auch darin liegen, sich nicht den Verlockungen globaler, universeller, uniformer und homogener Zielvorgaben zu unterwerfen, weil damit nicht nur die Methoden sondern auch die Ziele von Markt und Staat übernommen und die demokratische Funktion von Zivilgesellschaft unterlaufen würde.

IWF und „Weltbank“

Neokoloniales Hegemoniestreben

Das lukrative Geschäft „Strukturanpassung“ wird von Fonds und Bank trotz gegenteiliger Ankündigung und jahrelanger Kritik immer noch munter betrieben. So wurde auf dem Gipfel der G7 1999 in Köln seitens der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBWE) die Einstellung der Strukturanpassungsprogramme (SAP) angekündigt. Allerdings wurden am 15. Dezember 1999, also nach dem Gipfel, erneut zwei Anpassungsprogramme in Mexiko begonnen.

I.

Auf der Jahresversammlung der IBWE im September 1979 wurde die Initiative zur Einführung von Programmhilfe für Strukturanpassung vorgestellt. Ein wesentlicher Unterschied zur Projekthilfe (Kraftwerke, Staudämme etc.) besteht in der Konditionalität, also den Bedingungen für die Gewährung von Krediten, die über die einfache Sicherstellung der Rückzahlung hinausgehen. Zur Voraussetzung für einen Strukturanpassungskredit zählt in der Regel die Verpflichtung zu Maßnahmen zur Exportsteigerung, Importsubstitution und zur Bekämpfung eines Budgetdefizits durch Erhöhung staatlicher Einnahmen oder – als beliebte ad hoc Maßnahme – durch Kürzungen staatlicher Ausgaben.

SAP beziehen sich also jeweils auf die gesamte Ökonomie von Ländern, in die dann

seitens der Bank auch munter eingegriffen wird. Im Sinne der Doktrin der „supply-side economics“ soll Wirtschaftswachstum durch eine Vergrößerung des Angebots und eine sich dadurch erhöhende Nachfrage erreicht werden. Als Voraussetzung wird auf die Anpassung peripherer Ökonomien an westliche Modelle gedrängt. Am Ende der Anpassung liegt als alle Mittel rechtfertigender Zweck der ungehemmte und damit allheilbringende Warenverkehr höchstselbst.

Die „schablonenhafte Uniformität“¹ der SAP propagiert, ohne strukturelle Ungleichheiten oder gar deren Ursachen zu berücksichtigen, die Liberalisierung und Deregulierung als einzigen Weg. Dies führt zu einem grundlegenden Missverhältnis am Beginn jedes Versuches, SAP zu evaluieren. Auf der einen Seite steht eine große Zahl von Ländern der Peripherie mit einer Vielzahl verschiedener Probleme und Ausgangssituationen. Auf der anderen Seite steht als einzige Lösung Strukturanpassung nach Muster von Bank und Fonds.

Obwohl SAP vom Paradigma vektoralen Entwicklungsdenkens getragen wird, steht dabei „Entwicklungshilfe“ nur im Zuge der Legitimation nach außen im Vordergrund. Vielmehr geht es im Rahmen von SAP um die Rettung von Nationalökonomien, um die (Zins-)Rückzahlungen an die Banken und Regierungen der Industrie-

staaten zu gewährleisten. So profitieren von Kapitalzuweisungen, die im Rahmen von Strukturanpassungsdarlehen gewährt werden, in erster Linie internationale Geschäftsbanken. Denn SAP erlauben wie andere Kredite auch die Fortsetzung des Mythos der Rückzahlungsfähigkeit der Schulden seitens der Schuldnerländer. Es geht nicht um die tatsächliche Begleichung der Schulden, sondern um die theoretische Möglichkeit dazu. SAP dienen schlicht der Aufrechterhaltung des Glaubens an die Möglichkeit, alle Schulden eintreiben zu können.²

Viele Anstrengungen wurden unternommen, um die Fiktion der bestehenden oder potentiell wiederherstellbaren Zahlungsfähigkeit kreditnehmender Staaten aufrechtzuerhalten. Bekannt sind in dieser Beziehung „Equity-debt-swaps“, „Naples-terms“, „Pariser“ und andere „Clubs“ sowie ein Haufen „facilities“.³ Dabei steht fest, dass um jeden Preis das Eingeständnis

Der Gipfel des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBWE; auch „Weltbank“) Ende September in Prag steht unmittelbar bevor. Grund genug, einen Blick auf die Rolle der Institutionen im internationalen Entwicklungsgeschäft zu werfen.

VON ROBERT KOGLER

1 Tetzlaff, Rainer: *Weltbank und Währungsfonds – Gestalter der Bretton-Woods-Ära. Kooperations- und Integrations-Regime in einer sich dynamisch entwickelnden Weltgesellschaft*; Opladen 1996, S. 134

2 Vgl. Raffer, Kunibert (1999a): *Das „Management“ der Schuldenkrise: Versuch wirtschaftlicher Sanierung oder Instrument neokolonialer Dominanz?*, in: Parnreiter, Christof; Novy, Andreas; Fischer, Karin (Hrsg.): *Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien* (HSK 14); Wien 1999

3 Vgl. Gegenstandspunkt 3/99: *Schuldenerlaß für „hochverschuldete arme Länder“ auf dem Kölner G7-Gipfel. Der Imperialismus wird menschlich: Almosen-Protektorate für die „Ärmsten der Armen“*; S. 243



bzw. die Offenlegung der Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerstaaten vermieden werden soll, da mit der Entwertung größerer Finanzposten bei westlichen Wirtschaftsmächten unkontrollierbare Kettenreaktionen verbunden sein könnten.

Seit wenigen Jahren wird eine zusätzliche, neue Strategie erprobt: die Streichung von Schulden. Allerdings ist auch hier klar, dass es dabei um Geld geht, „das wir schon längst nicht mehr hatten“, wie ein ehrlicher Herr Schröder anlässlich der menschlichen Großtaten, die er und seine Kollegen beim G7-Gipfel in Köln vor gut einem Jahr leisteten, zugab.

Er sprach von der HIPC-Initiative, welche für erwiesenermaßen „Highly Indebted Poor Countries“ eine teilweise Schuldenreduktion durch Gläubigerstaaten vorsieht.⁴ Die Initiative ist insofern bemerkenswert, als die Schulden trotz der erwiesenen Unmöglichkeit zur Rückzahlung bisher tatsächlich keine verlorenen sind. Denn sie scheinen nach wie vor in den Haushaltsbüchern der Gläubigerstaaten als Forderungen auf. Um Verluste handelt es sich erst, wenn die Forderungen

auch aus den Büchern gestrichen werden. Das zu verhindern ist Ziel der Strukturanpassung von IWF und IBWE.

Egal wie schlecht es um die Ökonomie eines Staates bestellt ist: Aus der „Gunst“ von Fonds und Bank wird er nicht entlassen. Stattdessen wird er dem Prozess Strukturanpassung unterzogen, um seinen Finanzbedarf zu senken. Dabei kommt es zum Sieg des Hausverstandes über ökonomische Erkenntnis und Realität: Wer kein Geld hat, muss sparen. Diese Weisheit bildet den Horizont neoliberaler Finanzexperten bei Fonds und Bank. Alle weitergehenden Überlegungen müssten zwangsläufig die globalisierte Normalität kapitalistischer Ausbeutung in Frage stellen, was für die einzelnen Akteure in beiden Institutionen karierehemmend wirken würde und daher wohl auch in Zukunft unterbleiben wird.

II.

Bedeutet es einen Gewinn an Entscheidungsfreiheit auf Seiten der „Klienten“, wenn sich die Bank zunehmend auf Anpassung beschränkt und die Entwicklung ihnen überlässt? Wohl nicht, denn der Zwang zur Entwicklung besteht weiterhin. Und die Art und Weise ist in jeder Hinsicht von außen vorgegeben: Die Definitionsmacht liegt weiterhin bei Fonds und Bank. Damit scheinen einzig diese Institutionen Gewinner des „Paradigmenwechsels“ von Entwicklung zu Anpassung zu sein. Kommt es in einem Land zu Strukturanpassung, haben sie weder die Aufgabe noch die Verantwortung für Entwicklung. Ihr Einfluss bleibt bestehen, aber das Risiko eines Prestigeverlustes sinkt, da sich eventuelle Schuld mangels Zuständigkeit leicht abschieben lässt.

III.

In den „Articles of Agreement“ sind die selbstaufgelegten Regeln formuliert, nach denen die IBWE operiert. Bei genauer Betrachtung stellen Struktur- und Sektoranpassungsdarlehen einen Verstoß gegen diese „rules of engagement“ dar. Die Bank ist nach Artikel III, § 4/VII nämlich dazu verpflichtet, nur projektgebundene Kredite zu vergeben. Dies darf nur unter besonderen Umständen umgangen werden.⁵

Die Ausnahme der nicht-projektgebundenen Darlehen wurde nach der Verschuldungskrise in den 1980er Jahren mit den Struktur- und Sektoranpassungsprogrammen zur Norm. Die „Verfassung“ wird diesem Umstand bis heute nicht gerecht. Der Anteil der nicht-projektgebundenen Darlehen am Gesamtvolumen der vergebenen Kredite von IBWE und der Schwesterinstitution IDA (International Development Association) pendelte sich zwischen 1986 und 1992 nach stetem Anstieg in den frühen 1980er Jahren bei 26% ein. In den Finanzjahren 1998 und 1999 stieg der Anteil auf 39% bzw. 53%, und ist somit endgültig von der Ausnahme zur Norm gereift. Nimmt man die Daten der IBWE alleine, also ohne IDA, vergrößert sich der Anteil für 1999 auf 62,8%.⁶

IV.

Innerhalb der institutionellen Strukturen der IBWE zeigt sich ein Demokratiedefizit, dass als ein Ziel neoliberaler Wirtschaftsrationalität definiert werden kann.⁷ So werden Programme auch gegen Einwände auf Empfängerseite primär mittels ökonomischen und politischen Drucks seitens IWF und IBWE durchgesetzt. Diese Vor-

4 Vgl. <http://www.g-8.de>, <http://www.worldbank.org> und Gegenstandspunkt 3/99, a.a.O.; S. 237-60

5 *The International Bank for Reconstruction & Development. Articles of Agreement. As amended effective February 16, 1989; Washington D. C., IBRD. Zitierte Version: <http://www.worldbank.org/html/extdr/backgrd/ibrd/art-toc.htm> (Stand: 18. 1. 2000).*

6 *Structural and Sectoral Adjustment. World Bank Experience, 1980-92; Washington D. C., IBRD. Zitierte Version: <http://www.worldbank.org/html/oed/14691.htm> (Stand: 2. 12. 1999) und *The World Bank Annual Report 1999; Washington D. C., IBRD. Zitierte Version: <http://www.worldbank.org/html/extpb/annrep/develop.htm> (Stand: 23. 12. 1999)**

7 Vgl. Raffer, Kunibert: *The WTO's First Years – The New Regime's Effects on the South*, in: *Journal für Entwicklungspolitik* 15, 1999, Nr. 1; S. 23

gangsweise wird auch als eine neue und subtile Form des Neokolonialismus bezeichnet.⁸

Die Legitimität von Bank und Fonds ist in Frage gestellt, wenn „tiefgreifende Struktur-reformen in Verbindung mit einer wie auch immer gearteten Konditionalität“ gefordert werden.⁹ In der Frage der politischen Konditionalität, die seit Aufnahme der Forcierung von „good governance“ in die Forderungskataloge von SAP besteht, ist diese Legitimität aber von entscheidender Bedeutung. Sie wird zusätzlich durch die Tatsache beschnitten, dass die explizit politische Dimension der Einmischung in die nationale Souveränität der Anpassungsländer, also die Kondition der „guten Regierungsführung“, den „Articles of Agreement“ der IBWE widerspricht. § 10 des vierten Artikels verbietet nämlich ausdrücklich jede Einmischung der Bank und ihrer Angestellten in politische Angelegenheiten eines ihrer Mitgliedsstaaten.

Allerdings ist man bei Bank und Fonds weit davon entfernt, sich an diese selbst-auferlegte Bestimmung zu halten. Vielmehr brachte die HIPC-Initiative eine erneute Bekräftigung der alten Vorgehensweise. Die Schuldenreduktion bleibt nämlich an die „Übernahme einer ‚angemessenen‘ Politik durch das Schuldnerland [gebunden] (...). Im Zentrum der Initiative steht also, dass das Land kontinuierliche Anstrengungen hinsichtlich der makroökonomischen Anpassung unternimmt und strukturelle sowie soziale und politische Reformen durchsetzt.“¹⁰ Die HIPC-Länder geben, wenn sie das nicht bereits im Zuge von SAP getan haben, ihre Souveränität vollkommen auf und überlassen wohl nicht



ganz freiwillig ihre gesamte Haushaltspolitik den Institutionen, die dafür sorgen, dass der Schuldendienst geleistet wird, dass die Schulden gleichzeitig „aushaltbar“ bleiben und dass „soziale politische Reformen“ sowie „makroökonomische Strukturanpassung“ durchgeführt werden. „Die Gunst des Schuldenerlasses annulliert ihre wirtschafts- und finanzpolitische Souveränität“.¹¹

Es stellt sich jedoch heraus, dass sich weder Fonds noch Bank vor neuen Negativrekorden, die statt einsetzendem Aufschwung in den von ihnen betreuten Ländern zu erwarten sind, fürchten müssen. Als multilaterale Finanzinstitutionen lehnen sie jede finanzielle Verantwortung für ihr Tun ab. Selbst wenn einem Land durch ihre Arbeit noch größere Probleme entstehen, sie also mehr Schaden als Nutzen bringen, sind sie nicht bereit, finanzielle Entschädigung für die Fehler ihrer Mitarbeiter zu leisten. Vielmehr kommt es zur Gewährung eines neuen Kredites, der die Schuldenlast des geschädigten Landes weiter erhöht. Somit besteht ein „perverser Anreizmechanismus: IFI [Internationale Finanzinstitutionen], die neue Kredite zur Reparatur der angerichteten Schäden vergeben können, verdienen an ihren eigenen Fehlern“.¹²

Solange IWF und IBWE an den eigenen Fehlern verdienen und das lukrative Geschäft der Entwicklungszusammenarbeit Anliegen aller Menschenfreunde in den Industrieländern bleibt, wird mit einer grundlegenden Änderung der Vorgehensweise von Fonds und Bank nicht zu rechnen sein. Sie werden auch weiterhin zu den mächtigsten internationalen Organisationen zählen, die den westlichen Staaten dank der überlegenen Stimmenanteile zur Durchsetzung ihrer Interessen dienen. Fonds und Bank lassen sich also auch weiterhin am besten als Instrumente neokolonialen Hegemoniestrebens verstehen. ■

8 Raffer, Kunibert: Das „Management“ der Schuldenkrise: Versuch wirtschaftlicher Sanierung oder Instrument neokolonialer Dominanz?, in: Parnreiter, Christof; Novy, Andreas; Fischer, Karin (Hrsg.): Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien (HSK 14); Wien 1999; S. 95f

9 Schreiber, Eduard: Die Verschuldungskrise der Dritten Welt und das internationale Krisenmanagement seit 1982 unter besonderer Berücksichtigung der Strukturanpassungspolitik des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank; Diplomarbeit, Wien 1995; S. 130

10 IMF Survey Supplement, Sept. 1998, zitiert in: Gegenstandspunkt 3/99 a.a.O., S. 242, Fn. 5

11 Gegenstandspunkt 3/99a.a.O., S. 248

12 Raffer, Kunibert: Das „Management“ der Schuldenkrise: Versuch wirtschaftlicher Sanierung oder Instrument neokolonialer Dominanz?, in: Parnreiter, Christof; Novy, Andreas; Fischer, Karin (Hrsg.): Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien (HSK 14); Wien 1999; S. 106

Projektfinanzierung durch die Hintertür

Baut Österreich den türkischen Katastrophenstaudamm Ilisu mit?

Mit Hilfe von Exportkrediten beteiligen sich die verschiedensten Industriestaaten an Monsterprojekten im Trikont, die weder umwelt- noch sozialverträglich sind. Voll im Geschäft ist dabei auch Österreich.

VON CORINNA MILBORN*

Hasankayef ist eine kleine anatolische Stadt am Ufer des Tigris. Seit Jahrtausenden besiedelt und – als einzige Stadt in Anatolien – seit dem Mittelalter weder durch Kriege noch Naturkatastrophen zerstört, stellt sie ein international beachtetes Denkmal der assyrischen, osmanischen, abassidischen und christlichen Geschichte dar. Die Kurdinnen und Kurden Anatoliens betrachten Hasankayef als ihr wichtigstes kulturelles Erbe.

Hasankayef wird in wenigen Jahren unter dem Wasser des geplanten Ilisu-Stausees verschwinden, gemeinsam mit weiteren 15 kleinen Städten und 52 Dörfern. Bevor der 135 Meter hohe Damm im Jahr 2006 fertiggestellt ist, werden mindestens 35.000 Personen, Großteils Kurdinnen und Kurden, zwangsumgesiedelt. Bisher wurden sie darüber noch nicht einmal informiert, angemessene Entschädigungen sind nicht zu erwarten. Die ökologischen Folgen des Staudamms werden Experten zufolge katastrophale Ausmaße annehmen. Nicht weniger katastrophal die möglichen politischen Folgen: 65 km von der irakischen Grenze entfernt, ermöglicht es der Ilisu-Staudamm der Türkei, Syrien und dem Irak für mehrere Monate das Wasser komplett abzdrehen – ein Wasserkrieg kann die Folge sein.

Mit der Bauleitung des Prestigeprojekts betraute die türkische Regierung die ehemals Schweizer Firma Sulzer Hydro, seit Oktober 1999 in Besitz der österreichischen VA Tech (vormals VOEST). Weitere Firmen kommen aus Großbritannien, Kanada, Schweden, Italien, Portugal, Japan, Deutschland, den USA und der Schweiz.

Exportkreditagenturen

Sogar die Weltbank lehnte die Finanzierung des Katastrophenprojekts Ilisu (und aller anderen Projekte des Süd-Ost-Anatolien-Projekts GAP) aus sozialen und ökologischen Gründen ab. Bleibt eine Hintertür, die nötigen 1,5 Milliarden Dollar zu lukrieren: Die staatlichen Exportkreditagenturen (Export-Credit-Agencies – ECAs). In allen Industrieländern wurde zumindest eine ECA geschaffen, um nationalen Firmen das Engagement in Entwicklungsländern und emerging markets zu erleichtern und die dafür nötige öffentliche, bilaterale Kreditvergabe und -versicherung an das jeweilige Entwicklungsland zu regeln. Das Vorgehen: Die Hausbank des Unternehmens gibt dem Land, in dem das Unternehmen ein Projekt durchführen will, einen Kredit zur Finanzierung des Projektes. Dieser wird von der Ex-

portkreditagentur (in Österreich die Kontrollbank) – auch gegen politische Risiken – versichert. (In manchen Fällen kann der Kredit auch direkt von der ECA kommen.) Kann der Kredit aus irgendeinem Grund nicht zurückgezahlt werden, haften die SteuerzahlerInnen. Es handelt sich somit um einen staatlichen oder staatlich unterstützten Geldfluss in Entwicklungsländer oder emerging markets.

Unbemerkt von der Öffentlichkeit haben sich die Exportkreditagenturen der Industrieländer zur wichtigsten Klasse öffentlicher Finanzierungsinstitutionen entwickelt. Nahezu 10% des Welthandels werden von ihnen subventioniert, das Volumen langfristiger Kredite und Garantien der ECAs vervierfachte sich zwischen 1988 und 1996 auf 105 Milliarden US\$ jährlich. Über 50 Milliarden US\$ jährlich – und somit mehr als die Kredite aller multilateralen und bilateralen Entwicklungsagenturen zusammen – gingen in Infrastrukturprojekte wie Staudämme, Kraftwerke, Erschließungsstraßen durch Urwälder, Chemiefabriken, Pipelines – und signifikant viele darunter haben schwere soziale und ökologische Folgen. Auch völlig unproduktive Prestigeobjekte wie Präsidentenpaläste werden finanziert, solange es nur dem Interesse einer nationalen Baufirma dient. Das Ausmaß der Schulden, die ärmere Länder über ECAs anhäufen, ist erschreckend: Ohne irgendwelche Nachhaltigkeitskriterien zu erfüllen, sind ECAs bei den Entwicklungsländern für 24% der Gesamtschulden und sogar 56% der Schulden gegenüber öffentlichen Institutionen verantwortlich.

*) Corinna Milborn ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet beim WWF in Wien.

Wettlauf nach unten

Bei der Auswahl der finanzierten Projekte respektieren die staatlichen Exportkreditagenturen keinerlei Sozial- und Umweltstandards (wie sogar die Weltbankgruppe). Menschenrechte und Nachhaltigkeit spielen keine Rolle. Daher werden gerade Projekte, die von allen anderen öffentlichen Institutionen abgelehnt wurden, von den staatlichen Exportkreditagenturen finanziert, die sich dabei einen regelrechten „Wettlauf nach unten“ liefern. Prominentestes Beispiel ist der geplante Drei-Schluchten-Staudamm in China, für dessen Bau 1,8 Millionen Menschen zwangsumgesiedelt werden müssen. Um die Finanzierung des Projekts, das von Weltbank und US Export-Import-Bank wegen der katastrophalen Umweltfolgen abgelehnt wurde, rissen sich die Exportkreditagenturen Deutschlands, der Schweiz und Kanadas geradezu.

Hunderte von NGOs, lose koordiniert in eca-watch, fordern seit Jahren die Einrichtung gemeinsamer Umwelt- und Sozialstandards für Exportkreditagenturen. Die OECD (Organization for Economic Cooperation and Development), in der die meisten Industrieländer vertreten sind, hat dazu zwar eine Arbeitsgruppe eingerichtet – das Ergebnis ist jedoch mehr als mager: Bisher konnten sich die Staaten nur darauf einigen, sich über Umweltfolgen gewisser Projekte gegenseitig zu informieren. Die Information der Öffentlichkeit liegt noch in weiter Ferne. Die österreichische Exportkreditagentur Österreichische Kontrollbank etwa fei-

ert als Gipfel der Transparenz ihren Geschäftsbericht, in dem die Geldflüsse nach Ländern aufgeschlüsselt sind. Informationen über einzelne Projekte sind aufgrund eines Gesetzes zum Schutz von Firmendaten unmöglich zu bekommen.

Wird die Österreichische Kontrollbank Ilisu mitfinanzieren?

Auch im Falle Ilisu verhindert die Geheimniskrämerei der ECAs jegliche demokratische Kontrolle der Geldflüsse aus den Industrieländern. Bekannt ist, dass die Projektträger und die koordinierende Union Bank of Switzerland bei den Exportkreditagenturen Österreichs, Italiens, der Schweiz, Deutschland, UKs, der USA, Japans, Portugals und Schwedens um Finanzierung angesucht haben. Die Schweiz hat bereits die Garantie über 470 Millionen Schweizer Franken für die Firmen ABB und Sulzer-Hydro (damals noch in Schweizer Besitz) übernommen. Positive Beschlüsse liegen auch in Großbritannien und den USA vor, über ein weiteres, gemeinsames Vorgehen der ECAs wird aber angesichts der massiven Proteste, die besonders in Großbritannien auch von PolitikerInnen und aus dem Parlament kommen, in den nächsten Monaten beraten. Ob Österreich das Katastrophenprojekt Ilisu mitfinanzieren wird – jetzt, wo die bauleitende Firma Sulzer Hydro von der ehemals staatlichen VA-Tech übernommen wurde, ein durchaus realistisches Szenario – ist weder von der Kontrollbank noch vom Finanzministerium zu erfahren. Auch zwei parlamentarische Anfragen der Grünen wur-

den nicht beantwortet, da offiziell kein Antrag auf Exportgarantie vorliege. Soziale und ökologische Aspekte können bei der Beurteilung jedenfalls keine Rolle spielen, versicherte ein Vertreter der Kontrollbank – allenfalls das Risiko eines Wasserkriegs mit Syrien sei ein Grund, eine Exportkreditgarantie (aus rein ökonomischen Gründen) nicht zu gewähren.

Rettung per CD-ROM?

Die beteiligten Firmen, allen voran Sulzer Hydro / VA-Tech, überbieten sich einseitig in Vorschlägen, die alle Bedenken zu Ilisu-Staudamm aus dem Wege räumen sollen. Sulzer Hydro hat angeblich eine Umweltverträglichkeitsprüfung in Auftrag gegeben, die der Öffentlichkeit allerdings vorenthalten wird. Eine weitere Firma hat vorgeschlagen, die Zwangsumsiedlungen der betroffenen Kurden von einer europäischen Firma durchführen zu lassen – damit sei doch garantiert, das alles in schönster Ordnung ablaufen werde. Und auch für die alte Stadt Hasankayef gibt es eine Lösung: Die Monumente, die unter dem Stausee verschwinden werden, sollen auf CD-ROM gebrannt werden und so für alle Zeit erhalten bleiben. Ob dann auch jeder der zwangsumgesiedelten EinwohnerInnen einen Computer zum Betrachten ihres alten Hauses geschenkt bekommt, wurde nicht dazu gesagt. Aber die meisten Einwohner der zu überflutenden Orte besitzen ohnehin keine Besitztitel für ihre Häuser oder wurden bereits vom Krieg vertrieben – und haben somit keinerlei Ansprüche auf Entschädigung. Auch nicht auf Entschädigung über CD-ROM. ■



weitere Infos:
www.eca-watch.org

Idealistische Weltmarktkritik

IWF und Weltbank sind keine Dämonen, sondern Institutionen, die einer wertverwertenden Gesellschaft adäquat sind, und „ungleicher Tausch“ ist nicht der Grund für das Elend in der Welt, sondern eine problematische Kategorie.

VON STEPHAN GRIGAT

Bei aller Richtigkeit und Notwendigkeit der Schelte von personalisierender Kapitalismuskritik, die fast immer dazu tendiert, Kritik in Ressentiment aufzulösen und nicht selten in die Nähe antisemitischer Projektionen gerät, liegt man nicht völlig falsch, wenn man jene Leute, die sich in Prag zur IWF- und Weltbanktagung treffen, für das Elend dieser Welt mitverantwortlich macht. So wahr es ist, daß die warenproduzierende Gesellschaft von subjektloser Herrschaft geprägt ist und Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse über weite Strecken keine unmittelbaren, sondern dinglich vermittelte, keine personalen, sondern sachliche sind, so richtig ist es doch auch, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Exponenten von IWF und Weltbank mit ihrem Handeln ziemlich unmittelbar den Tod von unzähligen Menschen verursachen. Auch wenn sie mit ihrer Tätigkeit nur Systemimperative erfüllen, selbst keineswegs autonom Handelnde sind, sondern sowohl in ihrem Tun als auch in ihrem Denken dem automatischen Subjekt Kapital und seiner staatlichen Organisation nicht nur verpflichtet, sondern geradezu untergeordnet sind, sind solche Leute keineswegs von der Kritik auszunehmen. Jemanden in einer Gesellschaft, die auf Geld und Tausch basiert und deshalb auch Kapital und Staat kennt, vorzuwerfen, daß er oder sie mit Geld in irgendeiner Form umgeht, wie es ei-

nigen durchgedrehten Ökos und Subsistenzbauern immer mal wieder einfällt, ist lächerlich. Aber seine Unterschrift unter Beschlüsse zu setzen, die im Rahmen wertvermittelter Gesellschaften den Unterschied zwischen Leben und Tod ausmachen – das muß niemand machen und das unterscheidet den Gesellschaftskritiker in der Regel auch vom Funktionär des Kapitals und des Staates. Das heißt aber überhaupt nichts. Solch eine Selbstverständlichkeit kann nicht zur Grundlage der Kritik werden. Wer an Tausch, Geld, Kapital und dem Staat nichts auszusetzen hat, der braucht auch nicht gegen IWF und Weltbank anzuschreiben. IWF und Weltbank sind Organisationsinstitutionen, die der weltweiten staatlich organisierten und wertvermittelten, sich hinter dem Rücken der Menschen und doch durch ihr Handeln durchsetzenden, fetischistischen wie ruinösen Vergesellschaftung adäquat sind. Als *solche* sind sie anzugreifen.

Einigen Linken geht es aber offensichtlich um etwas ganz anderes. Menschen, die sich selbst Kommunisten nennen, wettern in Aufrufen mit auf Anschlußfähigkeit bedachten Titeln wie „Nein zur Globalisierung“ gegen die „großen Hexenmeister“, schwafeln von einem „drogenbetäubten Frieden“, der nun endgültig vorüber sei und glücklicherweise durch einen „instinktiven, ursprünglichen Antikapitalismus“ ersetzt werde, der sich

gegen den „politisch-kulturellen Amerikanismus, der Europa und Japan erwürgt“ richtet und sich folgerichtig die Frage stellt: „Wie dem sinnlosen Chaos einen Sinn geben?“ Nun haben nicht alle Gruppen eine derart nazikompatible Diktion drauf wie die Revolutionäre Kommunistische Liga (RKL), die Veranstaltungen mit Gruppen mit so passenden Namen wie „Treue zu Mensch und Erde“ organisiert und inzwischen offenbar auch mit der Hizbollah zusammenarbeitet. Aber auch bei anderen AktivistInnen finden sich zahlreiche Ungereimtheiten.

Obwohl es seit den 70er Jahren eine imperialismustheoretische Debatte gibt, in der versucht wird, befreit von den imperialismustheoretischen Dogmen Lenins und seiner Epigonen, die empirische Ebene, also die Fixierung auf die an der Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaften erscheinenden Phänomene, hinter sich zu lassen und die Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt zu analysieren, um die Modifizierungen, die dieses allgemeine Gesetz kapitalistischer Warenproduktion dabei erfährt, aufzuzeigen,¹ bewegen sich die meisten der heutigen Diskussionen auf dem Niveau von developmentspolitischen Foren auf Kirchentagen. Vielen AktivistInnen gilt es als gesicherte Wahrheit und zugleich als moralische Legitimation des eigenen politischen Handelns, daß zwischen den Ländern der sogenannten 1. und 3. Welt ein

1 Vgl. Grigat, Stephan: *Die Haltbarkeit Lenins. Zur marxistischen Imperialismustheorie*. in: Weg und Ziel, Nr. 3, 1996, S. 15 ff.

„ungleicher Tausch“ und daher ein Werttransfer stattfindet, woraus dann die Forderung nach „fairen Preisen“, „gerechtem Tausch“, „alternativem Handel“ und ähnlichem entsteht. Man kennt das aus jeder Werbebroschüre von Dritte-Welt-Läden.

Hinter dem Gerede vom „ungleichen Tausch“ verbirgt sich einer der Grundfehler von Weltmarktanalysen, die im wertfetischistischen Bewußtsein verhaftet bleiben. Unabhängig davon, daß es „faire Preise“ ohnehin nicht geben kann, da der Preis nicht der Ausdruck moralischen Wollens, sondern ökonomischen Zwangs ist, müssen gegen die Behauptung vom „ungleichen Tausch“ ganz prinzipielle Einwände erhoben werden. In einer Hinsicht ist Tausch immer ungleich. Nämlich dadurch, daß beim Tauschakt zwei stofflich-sinnlich völlig unterschiedliche Dinge aufeinander bezogen werden; sprich: zwei unterschiedliche, ungleiche Gebrauchswerte werden getauscht. Die These vom ungleichen Tausch bezieht sich aber gerade nicht auf die stoffliche, die Gebrauchswertseite des Austauschs, sondern auf die Wertseite. Auf den ersten Blick scheint es auch so, als wenn da irgendetwas ungleich wäre. Ist es aber nicht. In der Tat erhält das weniger produktive Land nie den Gegenwert für die real aufgewendete Arbeitszeit. Nur ist es eben so, daß, sobald für den Weltmarkt produziert wird, die im Land verausgabte Arbeit, die über dem gesellschaftlich notwendigen Durchschnitt im globalen Maßstab liegt, keinen Wert schafft. Waren, die auf dem Weltmarkt als gleich getauscht werden, mögen zwar die Vergegenständlichung unter-



schiedlicher nationaler Arbeitsquanten sein,² auf dem Weltmarkt haben sie dennoch den gleichen Wert, da sie in ein anderes Bezugssystem eintreten, in dem ein anderes Wertniveau gilt. So kommt es zwar auf der stofflichen Seite zu einem Güter- oder allgemein Ressourcentransfer, aber nicht zu einem Werttransfer. Auf der Wertebene herrschen Gerechtigkeit und Gleichheit.

Durch die endgültige Internationalisierung des Kapitalverhältnisses – euphemistisch Globalisierung genannt – werden die bis Mitte der siebziger Jahre eindeutig existierenden unterschiedlichen Wertniveaus, die mittels staatlicher Gewalt zum Teil noch aufrechterhalten werden können, nivelliert und es kommt zur Herausbildung eines einheitlichen globalen Wertniveaus. Die Differenz zwischen nationalem Warenwert und Weltmarktwarenwert, die vorher zwar auch nicht als materielles Substrat, sondern eben als Nicht-Wert existierte, aber doch analytisch aufgezeigt werden konnte, verschwindet durch das globale Wertniveau.³ War der Weltmarkt im Sinne des Wertgesetzes schon immer gerechter als seine idealistischen KritikerInnen meinten, so kann man, um

dem Zynismus der Sache gerecht zu werden, sagen, durch jene Entwicklungen, die als „Globalisierung“ bezeichnet werden und die damit einhergehenden Deregulierungen, die sich unter anderem gegen bestimmte Formen staatlichen Protektionismus richten, die eine Möglichkeit zur Aufrechterhaltung unterschiedlicher Wertniveaus waren, wird die Gerechtigkeit des Weltmarkts endgültig vollstreckt.

Wer sich an dem Elend in der Welt stört, sollte nach wie vor für die klassen- und staatenlose Weltgesellschaft eintreten und nicht, wie es zahlreiche linke und auch linksradikale Gruppierungen in sozialdemokratischer Pfaffenmanier vorexerzieren, für Schuldenstreichungen. Im übrigen wird die Kampagne gegen IWF und Weltbank vielen Gruppen in Österreich natürlich ein willkommener Anlaß sein, noch mehr über Neoliberalismus, Sozialraub und die Knechtung des Volkes zu schwadronieren, was die hervorragende Möglichkeit bietet, auch das österreichische Volk endlich wieder vorbehaltslos als Opfer von IWF und Weltbank in den Blick zu rücken, anstatt die Rassisten und Antisemiten hierzulande anzugreifen. ■

2 Vgl. Neusüss, Christel: *Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals*. Erlangen 1972, S. 137 ff.

3 Vgl. Trenkle, Norbert: *Die Entwertung des Werts*. in: *Weg und Ziel*, Nr. 3, 1996, S. 19. ff.

Mexico

„Por una educación popular y gratuita!“

Mexico, das Land, das ab Dezember 2000 vom früheren Coca Cola-Manager Vicente Fox regiert werden wird, der dem politischen System mit dem Wahlsieg seiner rechts-populistischen Partei der Nationalen Aktion (PAN) einen bilderbuchmäßigen Demokratisierungsschub bescherte, war in den vergangenen Jahren immer wieder Schauplatz von Aufständen und sozialen Bewegungen, die von der europäischen Linken intensiv und teils euphorisch rezipiert wurden.

DAS GESPRÄCH FÜHRTEN MARY KREUTZER, HENRIKE KOVAČIČ, JÜRGEN SCHMID UND MARKUS ZINGERLE.*

* Mary Kreutzer, Henrike Kovačič, Jürgen Schmid und Markus Zingerle führten dieses Gespräch für Radio Orange, welches Mary Kreutzer und Markus Zingerle für **Context XXI** in zwei Teilen zusammenfaßten.

Im letzten Jahr galt diese Aufmerksamkeit und Solidarität den StudentInnen der öffentlichen Universität Mexicos UNAM (Universidad Nacional Autónoma de México), die über 10 Monate eine der weltweit größten Universitäten bestreikend gegen die Privatisierung der Unis und für das Recht auf freie Bildung kämpften. Mit zwei Mitgliedern des Generalstreikrates CGH (Consejo General de Huelga) wurde dieses Interview geführt, das in zwei Teilen in **Context XXI** erscheinen wird.

In diesem ersten Teil berichten uns Julia und Ricardo über die Studierendenbewegung und deren Allianzen, sowie die Nachteile der Frauen innerhalb des CGH, den Streik und die aufgestellten Forderungen und die Repression, welche schließlich in der Verhaftung von ca. 1000 StudentInnen gipfelte. Im zweiten Teil, der in der nächsten Nummer der **Context XXI** erscheinen wird, führten wir eine kontroverielle Diskussion über Begriffe wie „pueblo“ (Volk/Bevölkerung/Menschen), „nación“ / Nationalismus, und „trabajo digno“ („Arbeit in Würde“). Weiters wird in Teil 2 die Rolle der sozialdemokratischen PRD im Zuge des Streiks und der Repression näher beleuchtet.

Frage: Unter welchen Rahmenbedingungen und gegen welche Ein-

griffe setzt sich eure Bewegung zur Wehr?

Ricardo: Die UNAM ist als größte Universität Mexicos und eine der wichtigsten Lateinamerikas von großer Bedeutung für die Forschung in der Region und die Ausbildung von Fachkräften für den Markt und das Bildungssystem. Von den 270.000 Universitätsangehörigen sind etwa 170.000 StudentInnen.

Die bereits vor einigen Jahren angelaufenen Privatisierungsbestrebungen verlaufen auf mehreren Ebenen. Die erste bedeutet, daß die Produktion von Wissen und die Forschung sich in die Richtung entwickelt, den Marktanforderungen gerecht zu werden, somit den großen nationalen wie internationalen Unternehmen. Jene Forschungsprojekte, die diesen Marktanforderungen nicht gerecht werden, werden nach und nach gekürzt. Damit meine ich Forschungsprojekte, die sich die Bekämpfung von Analphabetismus, Unterernährung und anderen Problemen zum Ziel setzen.

Julia: Mexico hat bereits mehrere Wirtschaftskrisen durchlebt. Dabei muß man die Vorgaben der internationalen Institutionen wie IWF und Weltbank berücksichtigen, welche in der Unterzeichnung des NAFTA-Vertrages mit Kanada und USA gipfelten. Das verschärfte die

Krisen um einiges. Dabei wurden Handelsbestimmungen homogenisiert, ohne die Sensibilitäten der mexikanischen Wirtschaft zu berücksichtigen. In Mexico leben 70% der Bevölkerung in Armut und 28% in extremer Armut. Ein Großteil der Bevölkerung ist arbeitslos und kann nicht einmal seine Grundbedürfnisse decken. Die internationalen Forderungen und Abkommen versetzten Mexico in die Rolle eines Produzenten von Fach- und billigen Arbeitskräften und genau in diese Richtung forciert der Staat die Organisation des Erziehungswesens. Dabei versuchen sie, die Unis nur einer Elite frei zugänglich zu machen, und dieser Prozeß soll in der Privatisierung dieser gipfeln. Der großen Mehrheit wird nahegelegt, beispielsweise technische Kurzausbildungen zu wählen.

Der Kampf gegen Studiengebühren hat bei Euch ja eine lange Geschichte, die im Ausbruch des Streiks gipfelte...

Julia: Mehrere Direktoren versuchten bereits die Studiengebühren zu erhöhen und verwendeten dabei dieselben Argumente des Staats, mit deren Hilfe Bereiche wie Gesundheit, Ernährung und Wohnungssituation als nicht rentabel dargestellt werden. Diese sozialen Rechte werden als Dienstleistungen definiert, deren Finanzierung in ihrer Argumentation woanders gesucht werden muß. So versucht der Staat, sich dieser Bereiche zu entledigen und ein erster Schritt dahin ist im Bildungsbereich die Erhöhung von Studiengebühren. Daß die Behörden 1999 beschlossen, die Studiengebühren zu erhöhen, war

wohl auch eine Maßnahme des Vorwahlkampfes. Wir haben den Eindruck, daß sie nicht mit dieser massiven Ablehnung ihrer Vorhaben rechneten und vom Widerstand ebenso überrascht wurden wie wir selbst. Mit „wir“ meine ich diejenigen, die bereits im Jänner 1999 einen Forderungskatalog ausarbeiteten, bei dem es nicht nur um die Ablehnung von Studiengebühren ging. Als die ersten Umfragen durchgeführt wurden bzw. als im April der Streik ausgerufen wurde, waren wir überrascht von der gewaltigen Unterstützung.

Welche Umfragen, von wem, welche Resultate?

Ricardo: Wir führten eine Umfrage betreffend der Forderungen, die wir aufgestellt hatten, durch. Neben der Abschaffung der Studiengebühren verlangen wir auch eine wirkliche Demokratisierung der universitären Entscheidungsstrukturen, weiters die Beendigung der Repression gegen die Streikenden sowie die Abschaffung des Überwachungs- und Spitzelsystems an der UNAM, die Zurücknahme der Studienreform von 1997 samt beschlossenen Studieneingangsprüfungen.

120.000 StudentInnen, d.h. die große Mehrheit der Studierenden, beteiligten sich an dieser Umfrage, also eine große Mehrheit. In einer zweiten Umfrage ging es um das weitere Vorgehen, denn die universitären Autoritäten hatten uns jeglichen Dialog verweigert. Nun ging es um die Ausrufung des Unistreiks – auch dieser wurde von einer großen Mehrheit beschlossen.

Allgemein müssen wir noch betonen, daß die Durchführung von Umfra-

gen, die die großen Fragen unseres Landes betreffen, seit langer Zeit eine wichtige Forderung der sozialen Bewegungen Mexicos, z.B. der EZLN darstellt.

Mit welchen sozialen Bewegungen, Volksorganisationen, etc., arbeitet ihr zusammen?

Ricardo: Es war uns von Anfang an bewußt, daß unsere Forderungen weit über die Uni hinausgehen und es absolut notwendig war, die Zusammenarbeit der sozialen Bewegungen zu suchen. Zuerst organisierten wir einen landesweiten StudentInnenkongress auf dem es nicht nur um die Privatisierung öffentlicher Bildungseinrichtungen, sondern auch um das Problem, daß wichtige Entscheidungen von einer kleinen Gruppe undemokratisch getroffen werden, ging. Die Gewerkschaften führen seit 1998 einen wichtigen Kampf. Deren Mobilisierungskraft steigt seither langsam aber sicher. Sie kämpfen u.a. gegen die Privatisierung des Elektrizitätssektors. Die Allianz, die wir mit ihnen schlossen, ist meiner Meinung nach historisch, da es nun erstmals eine politische Zusammenarbeit gab. Mit der Indígenabewegung¹ gab es auch bereits jahrelangen Kontakt, jedoch eher in der Form von Soli-„Caravanas“ von Studis. Viele waren auch als MenschenrechtsbeobachterInnen in Chiapas. Die Indígenabewegung in Chiapas solidarisierte sich nun auch mit uns und mehrere compañer@s der EZLN nahmen am Kongreß in der UNAM teil. Auch mit der städtischen Volks- und Gewerkschaftsbewegung, die seit den 70er Jahren wichtige gesellschaftliche Kämpfe



führt und dabei ganz spezifische Forderungen stellt, schlossen wir Allianzen.

Julia: Die Bus-Chauffeure der Ruta 100, die früher stark gewerkschaftlich organisiert waren, haben uns unterstützt: wir konnten sie zu jeder Zeit anrufen, wenn wir z.B. nach einer Demo zurück zum Campus mußten. Sie halfen uns auch bei den Nachtbewachungsbrigaden, da der Campus immens groß ist.

Ricardo: Uns gelang es, ein internationales Treffen mit Vertretungen aus 16 Ländern durchzuführen, bei dem es v.a. um die Auswirkungen des Neoliberalismus und der Privatisierung der Bildung sowie der Freilassung aller politischen Gefangenen auf der Welt ging. Dieser Kongreß erinnerte darüberhinaus an die von der UNESCO beschlossene 12% Ausgaben des BNP für Bildung. Ein nächstes Treffen ist für April 2001 in Quebec/Kanada geplant.

Wie reagierte der Staat nach Ausbruch des Streiks, wie sah die Repression aus?

Julia: Zuerst war die Repression selektiv in Form

+ Julia studiert Jus an der UNAM und ist wie Ricardo (Publizistik am Politikwissenschaftsinstitut der UNAM) Mitglied des Streikrates, CGH.

¹ Indígena: Eigenbezeichnung und/oder Zuschreibung für Menschen, die in ethnisierten Gruppen kategorisiert werden. Seit der Eroberung Amerikas Grundlage der beständig reproduzierten rassistischen Hierarchie. Im Gegensatz zu indio oder Indianer teilweise auch in Eigenbezeichnung im Gebrauch.



von Entführungen bestimmter Leute und massiven sexuellen Übergriffen auf compañeras. Dazu kam der ständige psychische Druck, daß wir jeden Moment vom Militär gestürmt werden könnten. Die Medien beschuldigten und diffamierten uns. Die breitflächige Repression fing im August an, als 100 Studis bei einer Kundgebung festgenommen wurden, zu weiteren Eskalationen kam es im Oktober und im Dezember, als wiederum mehrere Leute bei Demonstrationen verhaftet wurden und bis zu 2 Wochen in U-Haft saßen. Am 1. 2. 2000 schleuste sich eine Gruppe von Provokateuren in den Campus ein und es kam zu Auseinandersetzungen. Die Militärpolizei stürmte erstmals nach 1968² das Unigelände und nahm über 200 Streikende fest. Am 6 Februar wurden wir abermals gestürmt, diesmal kam es zu über 700 Verhaftungen. Erst im Juni wurden die letzten aus der Haft entlassen, es gibt ca. 100 Anzeigen.

Welche neuen und innovativen Kampfformen konntet ihr entwickeln?

Ricardo: Aufgrund der politischen Unerfahrenheit der

meisten von uns versuchten wir uns auf jene Erfahrungen zu stützen, die wir in unserer Umgebung, z.B. in der Gemeinschaftsarbeit in den „barrios“ (Vierteln), in denen wir leben, gemacht hatten. Spontaneität, Hausverstand und Kreativität wurden Teil unseres Kampfes. Wir haben uns in Brigaden organisiert und waren z.B. in der U-Bahn, auf Märkten und anderswo mit Infotischen präsent. Wir haben uns auch zu bestimmten Zeitpunkten zu den Metro-Eingängen gestellt und die Leute aufgefordert, mit uns schwarz zu fahren. Wir riefen gemeinsam: „Metro, metro popular!“ Wir führten in die traditionell eher schweigsamen Demonstrationen neue Elemente wie z.B. viel Musik und Tanz, Straßen- und Puppentheater ein.

Ricardo sprach von einer gleichberechtigten Aufteilung der Aufgaben, wie Kochen, Putzen usw. – war das auch so, als es darum ging, das Mikrofon in die Hand zu nehmen und öffentlich aufzutreten?

Julia: Mehr als 50% der Studis sind Frauen, dieses Verhältnis spiegelte sich auch in der Bewegung wider. Wir Frauen haben dabei natürlich mit Nachteilen zu kämpfen, z.B. was Nachtwachen betrifft, oder auch wenn es darum ging ins Landesinnere zu fahren, da viele unserer Familien sehr konservativ eingestellt sind. Wir mußten also auch einen Kampf mit ihnen führen und sie an die 68er Bewegung erinnern. Was die Aufteilung verschiedener Arbeiten, Teilnahme an den Versammlungen, Entschei-

dungsfindungen, etc. betrifft, gab es sehr wohl eine gleichberechtigte Aufteilung. Es gab keine Hierarchien, wir organisierten uns horizontal. Was es jedoch nicht gab, war das Bewußtsein bei der Rotation der Delegationen auf Quoten zu achten. Was die jeweiligen Verantwortlichen der verschiedenen Kommissionen betrifft, so waren das meist Frauen. Was nicht so gut funktionierte, war das öffentliche Auftreten. Meist standen die Männer vor der Kamera... Wir haben immer dafür gekämpft, daß es keine Chefs gibt. Das ist uns auch gelungen. Es ist jedoch sehr bezeichnend, daß in jener Gruppe, die am längsten im Gefängnis saß und von der Polizei als die Köpfe der Bewegung angesehen wurde, 6 Männer und nur 2 Frauen waren. Auch wir Frauen hatten keine politische Erfahrung und erst im Zuge des Streiks wurde uns bewußt, wie tief die Geschlechterzuschreibungen in diesem patriarchalen System in uns allen stecken. Wir haben es verabsäumt, eine eigene Frauengruppe zu bilden, wir haben oft nicht darum gekämpft, unsere Rechte als Frauen durchzusetzen, aber diese 10 Monate haben uns neue Erfahrungen gebracht. Wir haben viel dazugelernt. Vor allem im Knast wurde offensichtlich, unter welchen ungerechten Umständen die Frauen dort einsitzen. Viele Frauen meiner Generation glauben total unhinterfragt, daß es keine Diskriminierung gäbe – wenn das Gesetz sagt, wir sind alle gleich, dann seien wir das doch. Soziales Bewußtsein hatten wir, Gender-Bewußtsein müssen wir uns noch erkämpfen...

2 Als 1968 eine radikal linke Studierendenbewegung auf die Straße ging, kam das Militär. Nach 123 bewegten Tagen wurden sie am 2.10.1968 auf dem Platz von Tlatelolco in Mexicostadt bei einer Demonstration eingeschlossen, die Armee versperrte alle Ausgänge mit Panzern und Maschinengewehren. Eine bis heute unbekannte Anzahl mehrerer hundert Demonstrierender wurde erschossen. Für die städtische Linke stellte dieses Massaker eine Zäsur dar.

Wessen Gene?

«Laws are always useful to persons of property.» J.-J. Rousseau, *Du contrat social*, 1762

Die AktionärInnen des Biotech-Index der Nasdaq erlebten in den letzten Monaten ein Wechselbad der Gefühle. Am 3. April dieses Jahres verkündete Craig Venter, Präsident eines US-amerikanischen Sequenzierunternehmens namens Celera Genomics der Weltöffentlichkeit, dass seine Firma das menschliche Genom zu 99 Prozent entschlüsselt hätte. Ein Teil der entdeckten Gene war bereits zum Patent angemeldet worden, und angesichts der liberalen Spruchpraxis des amerikanischen Patentamts standen die Chancen gut, dass diese kostbaren Ressourcen auch sehr bald ins geistige Eigentum der Firma übergehen würden. Die Reaktion der AnlegerInnen ließ nicht lange auf sich warten: innerhalb eines Tages schnellten die Aktienwerte von Celera um 56 Prozent in die Höhe. Nur zwei Wochen später erhielten die Hoffnungen auf hohe zukünftige Gewinne aus der exklusiven gentechnischen Produktion von Medikamenten und Therapien allerdings einen empfindlichen Dämpfer. US-Präsident Bill Clinton und der britische Premierminister Tony Blair gaben in einer gemeinsamen Erklärung bekannt, dass die Resultate des Genomprojekts (also der Erforschung des menschlichen Erbgutes) als Ergebnis der Grundlagenforschung kostenlos und unverzüglich allen WissenschaftlerInnen zur Verfügung gestellt werden sollten. Das Aus für Privateigentum an

menschlichen, tierischen und pflanzlichen Genen? Keineswegs – eine 1998 vom Europäischen Parlament (EP) und dem Ministerrat verabschiedete europäische Richtlinie, die heuer in die nationalen Gesetzgebungen der Mitgliedsländer umgesetzt werden muss, legte den Grundstein für die kommerzielle Nutzung und Beherrschung der *inneren Natur* durch Patente auf Gene.

Wie alles begann: Vor mehr als vier Jahrzehnten, im Jahr 1953, endete der Wettlauf der MolekulargenetikerInnen um die Aufklärung der Grundbausteine des Lebens. Der Amerikaner James Watson und der Engländer Francis Crick erhielten den Nobelpreis für eine Entdeckung, welche nicht zuletzt die kapitalistischen Produktionsbedingungen grundlegend verändern sollte. Sie erkannten die Doppelhelix-Struktur des Erbmoleküls „Desoxyribonukleinsäure“ (DNS), der Trägerin der Gene. Gene enthalten jene codierten Informationen, welche für die wesentlichen Lebens- und Vererbungsfunktionen des menschlichen, tierischen und pflanzlichen Organismus verantwortlich sind. Durch die Entschlüsselung der genetischen Codes legt der Mensch bisher verborgene Geheimnisse der Natur frei, welchen er staunend, aber keineswegs absichtslos gegenüber tritt. Seine Absichten, zumindest trifft dies in kapitalistischen Gesellschaften zu, bestehen in dem ultimativen Ziel der produktiven Nutzung jedweder

natürlichen Ressource. Vergleichbar mit der von Rosa Luxemburg Anfang unseres Jahrhunderts beschriebenen Landnahme nichtkapitalistischen Weltmilieus im Prozess der Kapitalakkumulation,¹ dringt heute internationales Kapital im Verein mit Wissenschaft und Forschung in sensible Gebiete wie das menschliche Genom vor, um deren Funktionsweise zu entschlüsseln, patentieren und anschließend verwerten zu können. Diese, durch den biotechnischen Fortschritt erst ermöglichte, *innere* Landnahme hat einen weltweiten Wettkampf um Anteile an der begehrten Ressource „genetische Information“ ausgelöst. Fast täglich beantragen Firmen wie Celera oder Incyte Patente und damit ausschließliche Verwertungsrechte für die neu entdeckten Gene.

Wird ihnen von den großen, staatlich eingesetzten, Patentbehörden wie etwa dem United States Patent and Trademark Office (PTO) oder dem Europäischen Patentamt (EPA) ein solches Patent erteilt, erhalten die Antragsteller ein auf 20 Jahre befristetes juristisches Monopol auf ihre „Erfindung“, das sich im Falle einer erfolgreichen Verwertung zu einem ökonomischen Monopol ausbauen lässt. Die Argumentationslinie der BefürworterInnen von Patenten auf Leben ist glasklar: Ohne Patentschutz keine Investitionen in die riskante Biotechnische Forschung. Und ohne Forschung – kein technologischer Fortschritt und damit auch kein ökonomisches Wachstum

Eine europäische Richtlinie stellt „ErfinderInnen“ einen Freibrief für Patente auf menschliches, tierisches und pflanzliches Leben aus.

VON SUSIE PERNICKA*

*) Susie Pernicka schreibt ihre Dissertation an der Wirtschaftsuniversität Wien und arbeitet ab Oktober als Projektassistentin am Institut für Höhere Studien (IHS), Abteilung Politikwissenschaften.



mit all seinen positiven Begleiterscheinungen, wie Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Oft versuchen die AdvokatInnen von Patenten auf Gene noch andere Argumente vorzuschützen, um von ihrem Profitstreben abzulenken. Die mit der Gentechnik erzeugten Produkte würden den Welt hunger in der Dritten Welt für immer ins Reich der Geschichte verbannen, AIDS oder Krebs könnten ebenso wie erbbedingte Krankheiten früh erkannt und ausgemerzt werden. Dass aber beispielsweise die kostenlose Verteilung wirksamer Medikamente allein nicht ausreicht, um strukturbedingte Armut und Seuchen in Entwicklungsländern zu mildern, wird von den Biotech-Multis und ihren visionären SprecherInnen systematisch ausgeblendet.

Obwohl selbst die höchsten Gerichte in den USA und Europa der Frage, ob Gene in Privateigentum übergehen sollen oder nicht, zur Zeit noch etwas ratlos ge-

genüberstehen, ist der Druck der industriellen und von Teilen der wissenschaftlichen Lobbies auf die PrüferInnen der staatlichen Patentämter mittlerweile so groß, dass sie im vergangenen Dezember „versehentlich“ ein Patent auf ein Verfahren erteilten, mit dem sich tierische und menschliche Embryonalzellen manipulieren lassen.² Die Universität von Edinburgh und die australische Firma Stem Cell Sciences hatten allen Grund zur Freude über ihr vom Europäischen Patentamt erteiltes Patent mit der Nummer EP 695 351, sind doch Eingriffe in die menschliche Keimbahn – und genau dies ist ein Teil des entwickelten Verfahrens – in Europa ausdrücklich von der Patentierbarkeit ausgenommen. Dazu gibt es seit 1998 die bereits erwähnte Europäische Richtlinie und darauf beruhend seit 1999 eine Ausführungsordnung des EPA. Die Behörde hat damit gegen ihre eigenen Vorschriften verstoßen und kann diesen Irrtum nicht einmal aus eigener Kraft rückgängig machen. Dazu bedarf es nämlich eines Einspruchs Dritter, der allerdings nicht lange auf sich warten ließ. Greenpeace initiierte gemeinsam mit einer Vielzahl anderer KritikerInnen von Patenten auf Leben, wie etwa kirchlichen Organisationen, WissenschaftlerInnen bis hin zur Ärzteschaft, eine Protestaktion und erhob Klage gegen das erwähnte Patent, das nun aufgehoben oder zumindest abgeändert werden muss.

Die Demonstrationen der KritikerInnen sind die Fortsetzung eines unermüdlichen Kampfes gegen Patente auf Gene, der im März 1995 eine überraschende, positive Wendung nahm. Ein Richtlinien vorschlag der Europäischen

Kommission, der die Patentierung ganzer Teile des menschlichen Körpers ermöglicht hätte, wurde vom Europäischen Parlament (EP) mit Hinweis auf ethische Bedenken zurückgewiesen. In dieser historischen Entscheidung nutzten die Abgeordneten des EP zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft die ihnen erst durch den Vertrag von Maastricht (1993) zugestandene Macht und lehnten entgegen dem Willen des Ministerrates (bestehend aus den Wirtschaftsministern) und der Kommission einen Gesetzes vorschlag ab. Während sowohl die Kommission als auch der Ministerrat aus den Regierenden der Mitgliedsländer, also sozialdemokratischer und konservativer Kräfte, zusammengesetzt sind und vorwiegend wirtschaftliche Interessen unterstützen, zeigt das Europäische Parlament eindeutig demokratischere und damit für gesellschaftliche Anliegen offenere Züge. Dennoch war die Zurückweisung der Richtlinie für alle Beteiligten überraschend und nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses gab es – nach einer Schrecksekunde – tosenden Applaus im Plenum. Die Abgeordneten sprachen von einer Sternstunde des Europäischen Parlaments. Der demokratiepolitische Erfolg währte allerdings nicht lange. Mit einer beispiellosen Lobbykampagne der Industrie³ wurden in einem zweiten Anlauf – die Kommission legte noch im selben Jahr einen neuen Richtlinienentwurf vor – die Hoffnungen auf ein Ende von Patenten auf Leben wieder zerschlagen. Nur drei Jahre später nahm das Plenum des Parlaments mit grosser Mehrheit den neuen Entwurf an, der nach Meinung der Kri-

- 1 Luxemburg, Rosa, *Die Akkumulation des Kapitals*. Berlin. 1913. S. 423. Der vielfach zitierten Imperialismusdefinition Rosa Luxemburgs: „Der Imperialismus ist der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus“ kann auf die Biotechnologie in erweiterter Form angewendet werden. Viele AutorInnen, darunter etwa Paul Sweezy, haben aus der oben zitierten Aussage geschlossen, dass wir es hier mit einer rein mechanistischen Vorstellung von den Zusammenbruchstendenzen im Kapitalismus zu tun haben. Wenn der letzte nichtkapitalistische Raum erschlossen ist, sei den Realisierungsmöglichkeiten des Mehrwerts sozusagen der natürliche Nährboden entzogen. Heute können wir auf eine ungeheure Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit des Kapital blicken, dem es im Verein mit der Wissenschaft gelingt, immer neue Bereiche seiner Verwertung zu erschließen und augenblicklich dabei ist, eine innere Landnahme zu realisieren.
- 2 vgl. *Die Zeit*, Patent gelaufen. Wie ein genetisches Tabu versehentlich geschützt wurde. 24.2.2000
- 3 vgl. Schweiger, Thomas (*Global 2000*) und Then, Christoph („Kein Patent auf Leben“), *EU Parliament goes Gene-Monopoly*. August 1997.

tikerInnen so gut wie identisch mit jenem war, der von denselben Abgeordneten 1995 zurückgewiesen worden war. Der Raubzug durch die Biologie erhielt damit in Europa seine juristische Grundlage.

Der Haupteinwand gegen die Richtlinie besteht darin, dass bisher von der Patentierbarkeit ausgenommene Entdeckungen, wie etwa menschliche Gene, nun dem geistigen Eigentumsrecht zugänglich gemacht wurden. Selbst Patentrechtsexperten (es sind tatsächlich fast nur Männer), die KritikerInnen oft Unwissenheit gegenüber der komplexen Materie vorwerfen, sehen in den neuen Bestimmungen einen radikalen Bruch mit dem bisherigen Verständnis des Patentrechts. Die Bedingungen für eine Patenterteilung sind im wesentlichen erfinderische Tätigkeit, Neuheit und gewerbliche Anwendbarkeit.⁴ Patente werden traditionell im Bereich mechanisch-physikalischer Erfindungen erteilt. Ein anschauliches Beispiel stellt die von James Watt entwickelte Dampfmaschine dar. Die schöpferische Leistung des Erfinders besteht darin, dass bereits bekannte naturwissenschaftliche Gesetzmäßigkeiten, wie die Dampfkraft, in einer neuen, nach dem Stand der Technik nicht naheliegenden Art und Weise kombiniert und problemlösend (z.B. Eisenbahnantrieb) eingesetzt werden. Als Ansporn für weitere Erfindungen und damit eines für die Allgemeinheit nutzbringenden technologischen Fortschritts werden also Patente im Bereich mechanischer Naturgesetze erteilt, wenn der Erfinder oder die Erfinderin innovative Arbeit geleistet haben.

Mit der Ausweitung des Patentrechts auf die Bio- und Gentechnologie werden zum ersten Mal lebende Organismen, Zellen und Gene zu einer „menschlichen Erfindung“, und damit zu geistigem Eigentum, obwohl die einzige schöpferische Leistung des Erfinders zumeist darin besteht, deren wirtschaftliche Anwendung zu definieren. So wurde etwa dem US-amerikanischen Molekularbiologen Ananda Chakrabarty und der Firma General Electric im Jahre 1980 ein US-Patent auf ein gentechnisch manipuliertes, ölverdauendes Bakterium erteilt, obwohl Chakrabarty, wie er selbst zugegeben haben soll, nur Gene herumgeschoben und Bakterien verändert habe, die schon existierten.⁵ Das weit verbreitete Argument der Patentadvokaten, dem Erfinder gebühre ein exklusives Nutzungsrecht in Form eines Patents als Belohnung für seine Tätigkeit als „Lehrer der Nation“, klingt in diesem Zusammenhang wohl zynisch und lächerlich. KritikerInnen setzen dem entgegen, dass die Dechiffrierung von Genen in der Regel so banal sei, dass die „Gen-Entdecker“ keinen gesetzlichen Schutz verdienen.

Die europäischen Gesetzgeber sahen dies anders und verabschiedeten im Jahre 1998 eine Europäische Richtlinie, die unter anderem besagt, dass *eine Erfindung, die einen isolierten Bestandteil des menschlichen Körpers ... betrifft und gewerblich anwendbar ist, nicht von der Patentierbarkeit ausgeschlossen ist.*⁶ Obwohl zwei Mitgliedsländer der EU, Italien und die Niederlande, Einspruch gegen die Richtlinie beim Europäischen Gerichtshof ein-



gebracht haben, und auch der Europarat die EU-Länder vor einer Patentierung menschlicher Gene gewarnt und diese aufgefordert hatte, die Richtlinie nicht zu übernehmen, lässt sich die verpflichtende Umsetzung in die nationalen Gesetzestexte nicht mehr aufhalten. Dem österreichischen Gesetzgeber, namentlich dem österreichischen Parlament, verbleibt nur noch ein kleiner Spielraum. Es könnte beispielsweise vorgesehen werden, dass Erfindungen am menschlichen Körper (Entdeckungen sog. DNA-Sequenzen) nur patentfähig sind, wenn die betroffene Person hierzu ihre Zustimmung erteilt und ein angemessener Vergütungsanspruch geltend gemacht werden kann. Dies wäre ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Ob das österreichische Parlament in der derzeitigen Zusammensetzung den PatientInnenrechten Rechnung tragen wird, werden wir im September sehen. Obwohl die deadline für eine Umsetzung der Richtlinie den 31. Juli vorsah, flüchteten sich die Abgeordneten vor einer Entscheidung in die Sommerpause des Parlaments. ■

4 Vgl. u.a. Europäisches Patentübereinkommen von 1977, Art. 52 Abs. 1.

5 Vgl. Mies, Patente auf Leben. In: Lisbeth N. Trallori (Hg.), Die Eroberung des Lebens. Technik und Gesellschaft an der Wende zum 21. Jahrhundert.

6 Europäische Richtlinie, RL 44/98 EG, Art. 20.

Guy Debord – Die totale Selbstbestimmung

Wer war Guy-Ernest Debord? Ein Abenteuer, der seine Lebensgeschichte selbst bestimmt hat.

VON STEFAN NEUWIRTH*



Hinweis auf eine Veranstaltung des Kritischen Kreises: *Der Fetisch im Spektakel – Guy Debords Gesellschaftskritik* Vortrag und Diskussion mit Stephan Grigat
Dienstag, 10. Oktober 2000
19⁰⁰ Uhr, Bürogemeinschaft
Schottengasse 3A/1/59
(4. Stock), 1010 Wien

*) Stefan Neuwirth ist Mathematiker und Forscher – er lebt in Paris und Rom.

Keine Photographie, oder zwei oder vier aus den fünfziger Jahren, bleibt von ihm zurück, keine Anekdote: Nur sein geschriebenes Wort bleibt, wie er es in seinen Büchern und in seinen Zeitschriften veröffentlicht hat; seine Filme bleiben, die bis in die achtziger Jahre in dem Kino in der rue d'Assas in Paris zu sehen waren, das sein Freund Gérard Lebovici dafür gekauft hatte. Seit Lebovici's unaufgeklärtem Tod werden Debords Filme nicht mehr gespielt.

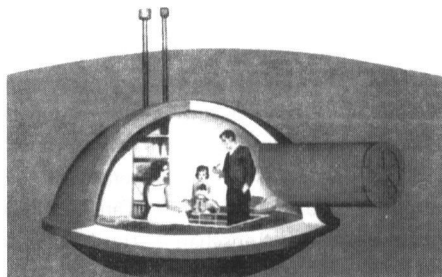
Guy-Ernest Debord ist der Verfasser der „Société du Spectacle“ („Die Gesellschaft des Spektakels“) und hat auch einen gleichnamigen Film gedreht. Dieser Titel ist ein Schlagwort geworden. Es steht für die Lebensform ein, in der jeder getrennt eine unterhaltsame Scheinwelt erfährt. Ich kann die Erleuchtung durch Debords glasklare Prosa im ersten Kapitel nicht ersetzen oder nachahmen. Sein einzigartiger Stil soll mit dem der Memoiren des Kardinals von Retz verwandt sein.

Debords Position ist die eines Moralisten, der als Ziel die Zerstörung des Mediums verfolgt; seine Beschreibung unserer Gesellschaft ist nichtsdestoweniger akkurat und gerade deshalb trifft er bei dem selbsternannten „Mediologen“ Régis Debray auf Verachtung. Während jener für ein bewußtes unvermitteltes Leben kämpft, weiß dieser genau, wer ihn bezahlt und posaunt: „Ohne Vermittlung keine Gesellschaft“. Debord hat in dem Begriff des Spektakels den Punkt gefunden, an dem er die gegenwärtige Gesellschaft ausheben kann.

Guy-Ernest Debord ist der Mitbegründer der Situationistischen Internationale, der sie aufgelöst hat. Er war mit seiner unerbittlichen Bestimmung ihre tragende Persönlichkeit. Dieter Schrage hat in der letzten Nummer von **ContextXXI** genau beschrieben, daß Debord zuerst an der Lettristischen Internationale teilgenommen hat und wie sein stetes Ziel die Aufhebung der Kunst war. In dem Wettlauf um die Erneuerung und die Radikalisierung der Ausdrucksformen hat Debord mehrmals bewiesen, daß ein weiterer Schritt

möglich war. Lange vor Marguerite Duras hat er einen Film gedreht, der nur noch aus abwechselnd weißen und schwarzen Abschnitten besteht: „Hurlements en faveur de Sade“ („Gebrüll zugunsten von Sade“).

Währenddessen die Kunst ein Abbild vom Leben und der Welt bietet, schlagen die Situationisten vor, aus dem Leben selbst ein Werk zu machen und die Welt als Schauplatz zu wählen. Die Großstadt wird in ganz besonderer Weise der Ursprung und der Ort der Gefühle und der Erlebnisse. Die Produkte der Industrie des Spektakels werden als solche wahrgenommen und im Spiel entlarvt.



Guy-Ernest Debord hat sich geweigert, aus der Aktion der Situationistischen Internationale eine Ideologie zu weben. Genauso wäre es treffend, nur von Epikurern und nie von Epikurismus zu sprechen. Es sollte sich um eine freundschaftliche Zusammenkunft von gleichgesinnten Einzelschicksalen handeln. Deshalb sollte sie auch keine politische Massenorganisation werden. In dem Moment, als trotzkistische und maoistische Gruppen in Frankreich sich in Debatten verhedderten, in deren Mittelpunkt nicht das Leben, sondern die Ideologie stand, löste sie sich auf.

Die gleichgesinnte Freundschaft, die Debord vorhatte, wird in den Verträgen offenbar, die ihn für die Produktion seiner Filme an Gérard Lebovici banden. Sie sind ein Modell für Rechtsunsicherheit und das Primat der zwischenmenschlichen Freiheit: Jede Klausel galt genau so lange, wie beide Rechtsparteien in ihrem jeweiligen Ziel volle Übereinkunft und Vertrauen hatten.

Arthur Cravan – Die Niedertracht der Tafelrunde

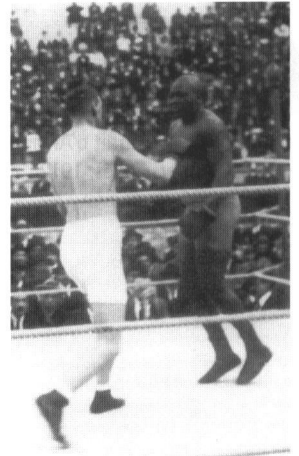
Die Kräfte des Rausches für die Revolution gewinnen“, darum kreise der Surrealismus, hatte Walter Benjamin gesagt. Vielleicht verpuffen sonst diese Kräfte, ohne je wirklich etwas bewegt zu haben, wenn sie nicht aufgefangen werden von der Dynamik einer tragenden Gruppe Gleichberauschter. André Breton gewann nicht nur den Rausch von Lebenden, sondern auch den einiger Toter für seine Revolution, er ließ sie mit ihren damals teils vergessenen Werken wieder auftauchen und Furore machen, vor allem Sade und Lautréamont kamen zu diesen Ehren. Aber auch jüngst Verstorbene wurden zu Surrealisten, bzw. zu Vorkämpfern erkoren, da standen plötzlich Apollinaire, Rimbaud, Jarry, Vaché und der „Dichter mit den kürzesten Haaren“: Arthur Cravan von den Toten auf. Letzter war Neffe des Skandal-schöpfers Oscar Wilde gewesen, was einiges zu bedeuten hat, vergötterte er sein Onkeltier nicht nur, sondern ließ sich auch von seinem Motto „Das Leben imitiert die Kunst, vielmehr als die Kunst das Leben imitiert“ leiten, ein Satz der auch auf die Surrealisten abfärben sollte.

In einem Lob auf Cravan schrieb Breton: „(er) will das Temperament rehabilitieren, in der fast physischen Bedeutung des Wortes (ein Zurückgehen nicht länger zur Kindheit der Menschen, sondern zu jener der Welt, zur Prähistorie; eine Onkelliebe, in diesem Falle zu Oscar Wilde, der auf seine alten Tage als Dickhäuter dargestellt wird: „Ich vergöttere ihn, weil er aussah wie ein großes Tier“...“.

Doch nicht nur Breton fand Bewunderung für Cravan, einige Jahrzehnte später schrieb Guy Debord: „Die Menschen, die ich mehr als alle anderen bewundere, sind Arthur Cravan und Lautréamont, und ich wußte genau, daß all ihre Freunde, hätte ich mein Studium an der Universität fortgesetzt oder eine Künstlerkarriere angestrebt, mich verachtet hätten; aber genau diese Freundschaften wollte ich haben und hätte mich niemals mit anderen zufrieden gegeben.“

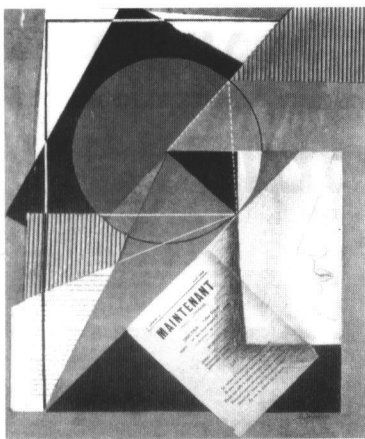
Eigentlich wurde Arthur Cravan als Fabian Lloyd 1887 in Lausanne geboren. Dort befand sich damals eine kleine englische Kolonie, ein Stück High Society des British Empire, in permanenter Sommerfrische. Ob die Scheidung seiner Eltern, das sich ausgestoßen fühlen oder ein prickelndes Gefühl bei den Schauergeschichten über Onkel W... aus dem kleinen Fabian einen Arthur, einen Rimbaud oder Tafelrundenskandalkönig machte und aus einem Sprössling der Lloyds, einer in höchsten Würden am Hof stehenden Familie, einen Cravan, was im Englischen soviel wie feige und niederträchtig bedeutet, oder eine Karavane seiner selbst machte, soll den paar Cravan-Biographen überlassen werden; eingehen in die Geschichte wollte und sollte er als „Dichter mit den kürzesten Haaren der Welt“, als Boxer, Anarchist, Deserteur, Abenteurer und Herausgeber, sowie Alleinverfasser der zwischen 1912 und 1915 fünfmal erscheinenden Zeitschrift *Maintenant* (Jetzt). Sich selbst beschrieb er als: Hochstapler, Seemann im Pazifik, Maleseltreiber, Orangenpflücker in Kalifornien, Schlangenbeschwörer, Hoteldieb, Neffe von Oscar Wilde, Holzfäller in den riesigen Wäldern, Ex-Boxchampion für Frankreich, Enkel des Kanzlers der Königin, Autochauffeur in Berlin, Einbrecher usw. usw. usw.“

Er gedachte eher zu reisen, als brav im Wohlgefühl einer Ansässigkeit zu versumpfen und kam in den wenigen Jahren seines Lebens fast überall hin. Nach eigenen Angaben schlägt er sich ab 1903 in Kalifornien als Boxer, Chauffeur, Orangenpflücker und Holzfäller durch, zumindest wenn Kalifornien am Genfer See liegt. Nach einigen Abenteuern in Berlin landet er schließlich 1909 in Paris, wo neben seiner Boxerkarriere auch sein Skandalleben beginnt. Seinen Kindheitstraum, nämlich Dichter zu sein, hatte er nun vor, in der Stadt Rimbauds zu verwirklichen. Sich unter Futuristen und Kubisten bewegend, fällt er unangenehm bei akademischen Empfängen und Vernissagen auf. Wegen in *Maintenant* veröffentlichten Beleidigungen muß er 1914 sogar 8 Tage ins Gefängnis. Seine Zeitschrift kolportiert er selbst



Der Boxer, Anarchist, Deserteur, Abenteurer und Herausgeber der Zeitschrift *Maintenant* beschrieb sich selbst als Hochstapler, Seemann im Pazifik, Maleseltreiber, Orangenpflücker in Kalifornien, Schlangenbeschwörer, Hoteldieb, Neffe von Oscar Wilde, Holzfäller in den riesigen Wäldern, Ex-Boxchampion für Frankreich, Einbrecher, ...

VON ALEXANDER
SCHÜRMANN-EMANUELY



Gino Severini: Portrait d'Arthur Cravan, papiers collés, 1912

auf einem Karren durch Paris fahrend, denn er wollte sein Werk nicht irgendwo in gut sortierten Buchhandlungen verstauben sehen. Doch die verstaubte Welt durfte er sich ebenfalls nicht entgehen lassen und besucht 1911 alle 39 Mitglieder der Académie Française, die Unsterblichen, wie sie genannt werden, einzeln. Einen Besuch beim verstaubten André Gide widmete er sogar einen bösen Artikel.

Die Formel für *Maintenant* war: „Jeder große Künstler hat einen Sinn für Provokation“. Um aufzufallen hält er Konferenzen, später sollten ihm das Dadaisten und Futuristen nachmachen, doch verkündet er dort keine Manifeste, sondern hält sie nur, um zu provozieren, um als Provokateur berühmt zu werden. Nach dem Motto: die Poesie auf die Straße und ins Kunstleben die Straße bringen, und wenn nötig mit ein paar kräftigen Schlägen, geht Cravan vor. Die berühmteste Schlägerei hatte Cravan jedoch nicht auf einer eigenen Konferenz, sondern nach einem Vortrag von Valentine de Saint Point über „Die futuristische Frau“ 1912, als ein aufgebrachtes Publikum die Bühne erstürmt und Cravan, der zwar die Futuristen nicht wirklich mochte, dem aber Vortrag und Vortragende gefallen hatten, diese um sich boxend verteidigte. Seine eigenen Konferenzen, er hielt ungefähr drei oder vier davon, kündigte er so an: „Les Noctambules 7, rue Champollion, 7 (Quartier Latin) Freitag, 6. März um 9 Uhr abends Arthur Cravan LIEST TANZT BOXT Eintritt 2 F. 50“.

In den fünf Nummern von *Maintenant* erscheinen vier Gedichte, ein Prosapoem, drei Texte über Oscar Wilde, einer über André Gide und eine Kunstkritik, die ihm Prozesse und Gefängnis einbringt. Er war sicher stolz darauf, daß er wohl als einziger Kunstkritiker der Geschichte für eine Kritik eingesperrt wurde. Zuerst mag es paradox klingen, daß er gerade die Künstler des 30. Salons der Unabhängigen attackiert, samt ihren Papst Apollinaire und mit wüstesten Beschimpfungen über sie herfällt, stellen sie doch die Avant-Garde dar. Daß diese Avant-Garde jedoch nicht weit genug ging und selbst zur Institution wurde, zur Akademie, ist eine wahrscheinliche Erklärung, warum Cravan gegen seine Freunde los zu schimpfen begann.

Er schrieb z.B. über den Maler Delaunay „Bevor er seine Frau kennen lernte, war Robert ein Esel; vielleicht hatte er von einem Esel alle guten Eigenschaften: er war ein Schreihals, er liebte Disteln und sich im Gras zu wälzen, und sah sich die Welt, die so schön ist, mit großen verdutzten Augen an, ohne dabei zu überle-

gen, ob sie modern oder alt ist, er hielt einen Telegraphenmast für eine Pflanze und glaubte eine Blume sei eine Erfindung. Seitdem er mit seiner Russin zusammen ist, weiß er, daß der Eiffelturm, das Telefon, die Autos und ein Aeroplan moderne Dinge sind. Nun, diesem großen Dummkopf gereicht es sehr zum Schaden, so viel zu wissen, nicht daß Kenntnisse einem Künstler schaden könnten, aber Esel bleibt Esel und Temperament besitzen, heißt, sich selbst nachzuahmen. Ich sehe also bei Delaunay einen Mangel an Temperament. Wenn man das Glück hat, ein Rohling zu sein, muß man es bleiben können.“

So treffend und sympathisch die exzessiven Meldungen Cravans oft auch sein konnten, kann nicht darüber hinweg getäuscht werden, daß er nicht nur versuchte, jeden zu provozieren, sondern es auch schaffte. Cravan wollte nicht ausschließlich als Bürgerschreck auffallen, sondern als Schreck aller, die ihm mißfielen, und das konnten auch die besten Freunde sein. Seine Wortwahl, seine Bilder sind heute oft nicht nachvollziehbar, vor allem, wenn sexistische oder rassistische Töne auftauchten; und bei der Lektüre von *Maintenant* wird sobald jedem Leser zumindest einmal schlecht, z.B. schrieb er in der erwähnten Kunstkritik, weit unter der Gürtellinie, über die Malerin Marie Laurencin „Das ist wieder eine, die es nötig hätte, daß man ihr den Rock lüftet und einen großen ... irgendwo reinsteckt, um sie zu lehren, daß die Kunst keine kleine Pose vor dem Spiegel ist. Du prüdes Lieschen! (halt's Maul!). Malen heißt gehen, laufen, trinken, essen, schlafen und seine Notdurft verrichten. Sie können, so oft Sie wollen, sagen, ich sei ein Schwein – es stimmt doch alles.“

War das Leben in Paris teilweise schon vor 1914 unerträglich, hält es Cravan nach Ausbruch des Krieges überhaupt nicht mehr aus. Nach einer kurz vor dem Krieg unternommenen Europareise, die ihn in Athen noch einen Boxkampf einbringt, zieht Cravan 1915 nach Barcelona, wo er sich vom Boxweltmeister Jack Johnson KO schlagen läßt, übrigens sollte Cravan fast jede Boxerei verlieren. Die halbe Pariser Bohème lebt in den Kriegsjahren in Barcelona, vielleicht bleibt er deshalb nur ein Jahr dort und wandert 1916 nach New York aus. Auf dem Schiff begegnet er Trotzki, der über ihn schrieb: „Ein Boxer und Gelegenheitsliterat, der Cousin Oscar Wildes, gab offen zu, daß er lieber die Kiefer der Yankees in einem noblen sportlichen Kampf zerschmettern wollte, als sich die Rippen von einem Deutschen kaputtschlagen zu lassen.“

Literatur:

Cravan, Arthur. *Maintenant – Poet und Boxer oder die Seele im zwanzigsten Jahrhundert*. Hamburg, 1978, Edition Nautilus.

Borràs, Maria Lluïsa. *Cravan – Une strategie du scandale*. Paris, 1996, Jean Michel Place.

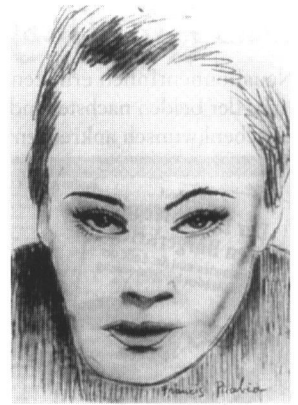
In New York macht er ähnliche Furore wie in Paris und unterbricht Konferenzen, sowie weitere Salons der Unabhängigen. Auf einem Benefizball fürs Rote Kreuz führt sich Cravan nicht nur skandalhaft auf, er lernt auch die englische Dichterin Mina Loy kennen, die vom *New York Evening Sun* kurz zuvor zum Prototyp der modernen Frau ernannt wurde. Sie bewundert ihn, weil er aus dem Nichts lebt, sich nicht der Sorge des Überlebens hingibt, sondern das Jetzt ausschöpft, so wie er es ständig proklamiert. Er bewundert sie, weil sie nicht nur von der Moderne spricht, sondern sie auch lebt. Ihre Beziehung war dementsprechend turbulent, auf dem Blindman's Ball der Greenwich Village Community, die sich selbst als ultra Bohème, prähistorisch und post-alkoholisch bezeichnete, entkleidet sich Cravan, wie schon am Roten Kreuz Ball, öffentlich, während Mina Loy im Bett von Duchamp einen ménage à cinq durchlebt. Trotzdem heirateten sie nach einem Jahr und Mina Loy wird schwanger.

Da die USA inzwischen ebenfalls Krieg führten und Cravan wieder glaubte eingezogen werden zu können, brach er erneut auf und zwar als Soldat verkleidet, Picabia schrieb dazu: „Arthur Cravan zog sich als Soldat an, um kein Soldat sein zu müssen, genauso wie

sich unsere Freunde als brave Bürger kleiden, um keine braven Bürger sein zu müssen.“ Zuerst wollte er nach Kanada fliehen, ganz vergessend, daß dort auch Krieg herrscht, ganz vergessend, daß er eigentlich als in der Schweiz geborener Schweizer war und nirgends hätte hinfliehen müssen. Er zog schließlich mit Mina Loy nach Mexiko, wo er eine Boxerakademie eröffnete, in der er Vorträge über Altägyptische Kunst hielt. Das frisch verheiratete Paar entschloß sich, nach einigen Streifzügen durch Mexiko nach Buenos Aires auszuwandern. Mina Loy reiste voraus, Arthur Cravan sollte jedoch niemals nachkommen.

Wie sein Vorbild Rimbaud verschwand er auf hoher See, irgendwo im Golf von Mexiko im Jahre 1918 oder 1920, die Quellen sind sich darüber nicht einig.

Cravans Rausch ist sicher wegen den Initiativen seiner Bewunderer nicht verpufft, und bis hin in den Mai 68 ließen sich viele von seiner konsequenten Wildheit vertieren. Er selbst jedoch hat wahrscheinlich sein ganzes Leben nur darauf hingearbeitet, daß von seiner Existenz nichts anderes übrigbleibt, als das pompöse Plakat, auf dem steht: „Gran fiesta de boxeo: Jack Johnson – Arthur Cravan“.



Francis Picabia: Portrait présumé de Cravan

Armeeabschaffungswein

Preis pro Flasche/für Mitglieder der ARGE oder ab 12 Flaschen

Weinbau Walter Zehetmayer, Feuersbrunn, NÖ

___ Flaschen	WEINVELTLINER	Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-
___ Flaschen	WEINZWEIGELT	Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-

Weinbau Walter und Gabriele Mühlegger, Soss, NÖ, Ernte für das Leben

___ Flaschen	WEINCHARDON	Chardonnay, trocken, fruchtig	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINRIESLING	Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINPINOTNOIR	Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINBLAUER	Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINSTEFANIE	Cuvée Stefanie, Qualitätssekt aus Welschriesling und Grünem Veltliner	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINROSE	Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINGLÖGER	Glögerbrand, Destillat aus Hefe und Fruchtanteilen nach der Gärung	210,-/195,-

Plaimont Producteurs, St. Mont, Frankreich

___ Flaschen	WEINPLAIMONT	Plaimont Sélection, fruchtiges, unkompliziertes Rotwein-Cuvée	90,-/85,-
--------------	--------------	---	-----------

Bei Versand: zuzüglich 20% Versandkosten

T-Shirts, Präserlⁿ, Feuerzeuge, Anstecker

Einzelpreis

___ Stück	TSHIRTASYL XL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL	120,-
___ Stück	TSHIRTASYL XXL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XXL	120,-
___ Pkg.	PRÄSERL	Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück	20,-
___ Stück	FEUERZEUG	Feuerzeug „Bundesheer abschaffen“	20,-
___ Stück	ANSTECKER	Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“	25,-

☐ Ich interessiere mich für die **Friedenssteuer** – senden Sie mir den Faltprospekt mit näheren Informationen zu!

Das Abo-Geschenk

NeuabonnentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der beiden nachstehenden Bücher. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



Ernst Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg** Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung



Wolfgang Purtscheller (Hg.): **Die Rechte in Bewegung** Seilschaften und Vernetzungen der „Neuen Rechten“

Die Abo-Bedingungen

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (Bestellschein unten). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise:

Österreich: 250,- ATS
 Ausland: 350,- ATS
 Übersee: 450,- ATS
 Förderabo: 700,- ATS



Seit der letzten Nummer von **Context XXI** arbeitet auch die **Ökologische Linke (ÖKOLI)** an dieser Zeitschrift mit und wird ihre Zeitschrift **radiX** nach Erscheinen der letzten Nummer im September in **Context XXI** überführen. Gemeinsam soll eine bessere Zeitschrift entwickelt werden, als die beiden Teile es waren. Als Gruppe bleibt die **ÖKOLI** aber eigenständig aktiv und wird auch weithin mit eigenen Aussendungen, Flugblättern und Veranstaltungen an die Öffentlichkeit treten. Wer Flugblätter, e-mail-Aussendungen,... will oder einfach mit der **ÖKOLI** in Kontakt treten will kann dies unter folgenden Adressen tun:

Ökologische Linke Wien • Postfach 28 • A-1153 Wien • e-mail: oekoli_wien@gmx.net • http://www.oekoli.cjb.net
Ökologische Linke Vorarlberg • Postfach 73 • 6800 Feldkirch • e-mail: oekoli.vlb@mx.li

Bestellschein bitte senden (faxen) an: Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Die Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

- ☐ Abonnement
☐ Förderabonnement
☐ Probeabonnement

der Zeitschrift **Context XXI**
 ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Als Abo-Geschenk

wähle ich folgendes Buch:

- ☐ Purtscheller: **Die Rechte in Bewegung**
☐ Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg**

ConInfo – Mailinglist

- ☐ Ich bin AbonnentIn oder bestelle nebenstehend ein Abo und möchte in die Mailinglist **ConInfo** aufgenommen werden.

Meine e-Mail-Adresse:

Einzelhefte, Broschüren, T-Shirts, CDs ...

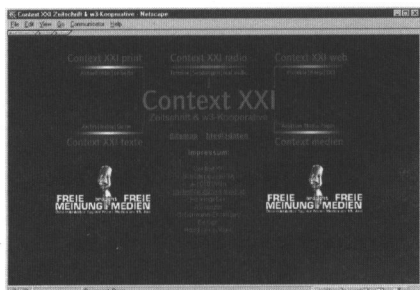
Einzelpreis

___ Stück	ZOOM0000	ZOOM-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	ZOOM97045	Broschüre: Ratgeber Wehrdienstverweigerung – Zivildienst u.a.	50,-
___ Stück	ZOOM98067	Broschüre: Europa 2001 – Odyssee im Weltmarkt	70,-
___ Stück	ZOOM96045	Broschüre: Es muß nicht immer GLADIO sein – Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken ..	70,-
___ Stück	ZOOM97012	Broschüre: ImmerWEHREnd – NATO-Integration, Neutralitätsbrüche, Militarisierung	70,-
___ Stück	CDEUROPA	CD: Etwas besseres als Europa	80,-
___ Stück	TSHIRTKN SK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, schwarz, Aufdruck klein ☐ L ☐ XL	120,-
VERGRIFFEN		T-Shirt Kein Mensch ist illegal, schwarz, Aufdruck groß	120,-
___ Stück	TSHIRTKN BK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, blau, Aufdruck klein, Größe XL	120,-
VERGRIFFEN		T-Shirt Kein Mensch ist illegal, blau, Aufdruck groß, Größe XL	120,-

Besteller/in:

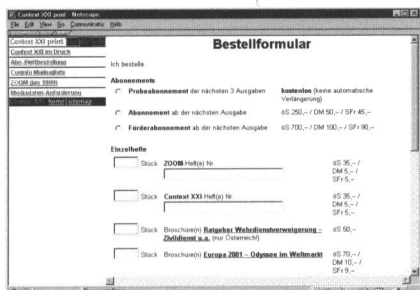
Datum:

Context XXI im World Wide Web



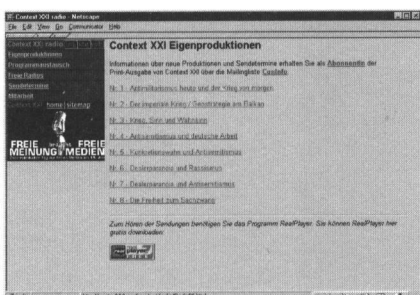
◀ Neues Design, neue Struktur: bringt bessere Navigationsmöglichkeiten und ist offen für die nächsten inhaltlichen Erweiterungen.

Textarchive von Context XXI-Print, ZOOM, radiX, Streifzügen, demnächst Weg und Ziel ▶



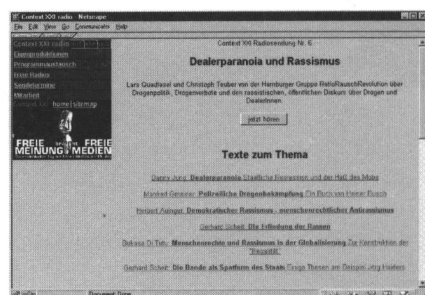
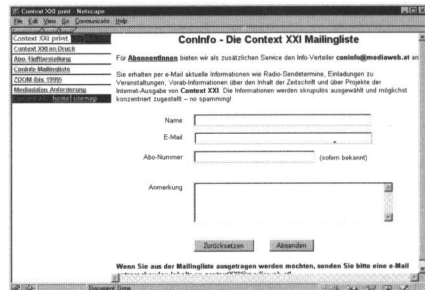
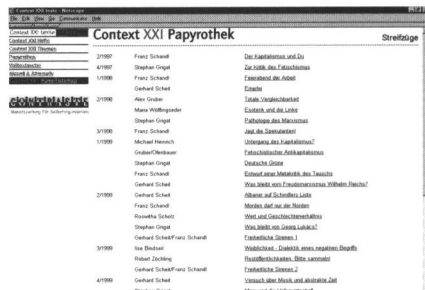
◀ Online-Bestellmöglichkeit für Abos, Einzelhefte, T-Shirts, CD's etc. sowie Mediadaten- und Ansichtsexemplar-Anforderung.

Service exklusiv für AbonnentInnen der Print-Ausgabe: Die Mailinglist ConInfo. ▶



◀ Die Context XXI-Radiosendungen (Eigenproduktionen und Programmaustausch) online hören in RealAudio.

Zu jeder Radiosendung thematische Links zu Texten sowie online-Anforderungsmöglichkeit für Freie Radios. ▶



Nr. 32 Sommer 2000

BAHAMAS

**Im Visier des Volkszorns:
Ausländer, Hunde, Vergewaltiger**

Weiße: Die Kosovaren von Zimbabwe
 • Hunde: Bissige Unterschichten
 • Vergewaltigungsdebatte: Inquisition auf links • 10 Jahre Mobilisierung gegen die EXPO • Von klein auf Kommunist: Erich Mielke • Lügen? Na und - Serbien muß sterben • „Neue Ökonomie“ in Afrika
 • Neue Frauenbiographien • Von Böhsen Onkelz zu guten Jungs • Selbsterfäuler: „Wir“ und die Juden • Struktureller Antisemitismus: Heidegger
 • „Herman the german“ u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskauf/Briefmarken)
 Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
 Fax/Fon: 030/6236944 oder bahamas@mail.nadir.org

www.anares.org/nord/
anares-nord@gmx.de

Nord Anares

Stand der Bewegung?

Unterstützt die libertäre Literatur!
 Unterstützt Anares - **30.000,- DM**
bis 30. 9., sonst ist Feierabend!

Umstrukturierungs-Info 2 anfordern:

fon: [0179] 434 44 11
 post: Anares-Nord, PF 1247, 31305 Uetze (D)
 e-mail: anares-nord@gmx.de
 web: www.anares.org/nord/

Spendenkonto:
 Sabine Helmbrecht, Konto-Nr.: 167 96 38, BLZ: 290 50 101, Sparkasse Bremen

Eine Veranstaltung
 des Kritischen Kreises:

Der Fetisch im Spektakel

Guy Debords
 Gesellschaftskritik

Vortrag und Diskussion
 mit Stephan Grigat

Dienstag,
 10. Oktober 2000
 1900 Uhr

Bürogemeinschaft
 Schottengasse 3A/1/59
 (4. Stock), 1010 Wien

Unser **schönes** Kärnten

Im Kernland der FPÖ soll eine „Kulturkarawane gegen Rechts“ politischen Protest ins Land bringen

VON TINA LEISCH*

Blaue Seen, hübsche Berge, malerische Bergbäuerinnen, die kurz vor dem ökonomischen Kollaps noch ein paar Steilhänge mit der Sense mähen, Blondinenwahl im Seehotel, romantische Autobahntrassen über die mit 160 km/h der Landeshauptling brettet. Nicht zu schnell, befindet der Polizeichef. Der Führer steht über dem Gesetz, aber mitten unter seinen UntertanInnen. Fast niemand, der/die nicht mit mehr oder weniger Stolz oder Resignation von der persönlichen Begegnung mit dem Führer berichtet, stolz von seiner Aura beschienen worden zu sein, oder resigniert, daß man seiner Eloquenz und seinem Charisma nichts entgegenzusetzen wußte. Jede/r dritte hat FPÖ gewählt, unter den 20-30 jährigen sind es angeblich 60%. Jede/r zehnte kennt IHN persönlich ganz gut. Das sind etwa 40.000 gute Freunde von Jörg Haider. Das reicht, um auch ohne die absolute Mehrheit das Bundesland in absolutistischem Gottesgnadentum zu regieren. Der Landeshauptmann hat gleichzeitig auch die Ressorts Bildung, Gesundheit und Kultur unter sich, die Kulturpolitik gestaltet der Rechtsextreme Andreas Mölzer als hochdotierter „Kulturberater“, der unbequemen Initiativen – wie dem Universitätskulturzentrum UNIKUM – die Förderungen streicht. Die noch Geld kriegen machen den Mund nicht mehr auf. Kulturförderung ist nicht mehr Vergabe von Steuergeldern für künstlerisch oder gesellschaftlich relevante Projekte, sondern gnädiges Almosen aus den Händen von Staatsvertretern, die sich aufspielen wie private Mäzene oder überhaupt gleich: Finanzierung höfischen Prunks wie die Feuerwerkeleien rund um das Renommierprojekt der Seebühne am Wörthersee. In Polizei, Verwaltung und verstaatlichten Betrieben wird der rote Filz durch blauen ersetzt.

In der Allianz aus alten Nazis, die zwanghaft zu den regionalen Deutsch-Nationalfeiertagen ihre alten Naziorden Gassi führen müssen und neuen „Feschisten“, die den EU-Beitritt Sloweniens durchaus begrüßen und sich unter Haiders Motto „senza confini“ grenzenlose Steigerung von Investitionsmöglichkeiten, Profiten oder doch zumindest des Kurses ihrer sieben Aktien vorstellen, stehen deutschnationale Kärntentümelei, Antislawismus und Abwehrkampfmythos neben regionalistischen Konzepten der Neuen Rechten, die bestimmte Formen multikultureller Vielfalt ja durchaus begrüßt, solange die Hegemonie gewahrt bleibt und die Vielfalt folkloristischer Ausdruck ethnisch streng segregierter Sozial- oder Regionalstruktur ist.

So inszeniert sich Haider als Versöhner, der großzügig seinen Slowenen die Hände reicht. Natürlich ist das nur möglich, seit der Zerfall Jugoslawiens die alte Gleichung SlowenInnen=TitopartisannInnen aus den Charts der politischen Phobien strich. Nun, da es endgültig lächerlich wurde, weiterhin die zum Teil sehr katholischen slowenischen KleinbäuerInnen im Grenzgebiet zur kommunistischen Bedrohung hochzurechnen, kann man ja ruhig ein paar zweisprachige Ortstafeln aufstellen. Gleichzeitig wird allerdings versucht, das Herzstück erkämpften Min-

derheitenrechts, das zweisprachige Schulwesen, zu demontieren und den zweisprachigen Radios wird die Förderung gestrichen.

Alternativen zur FPÖ sieht in Kärnten fast niemand. Die Kärntner SPÖ und ÖVP sind kaum weniger deutschnational, jahrzehntelang geprägt von Altnazis und Leuten, die es sich auf keinen Fall mit den Altnazis verderben wollten. Die 10%-Hürde für den Kärntner Landtag war bei den



letzten Wahlen selbst für ein Bündnis aus Grünen, Liberalen und slowenischer Liste noch zu hoch. Die Gewerkschaften machen sich stark, den 10. Oktober, – Jahrestag der Volksabstimmung 1920 über den Verbleib Südkärntens bei Österreich, – zum amtlichen Feiertag zu erklären. Das Festprogramm für diesen Herbst, das nicht nur zur Ulrichsbergfeier einlädt, sondern diesen Kulthügel der Rechtsextremen auch zum „Wegkreuz Europas -Symbol für die Zukunft“ erklärt, haben Vertreter von FPÖ, ÖVP und SPÖ unterzeichnet.

Und wenn lautstarkes Engagement im Widerstand Schikanen wie Anrufe der Staatspolizei am Arbeitsplatz oder telefonische Drohanrufe nach sich zieht, ist es nicht allzu verwunderlich, wenn nicht mehr als ein paar hundert Leute überhaupt auf die Straße gehen.

Umso erfreulicher, daß ausgerechnet die „Plattform Offenes Kärnten/Koroska“, der Zusammenschluß des Kärntner Widerstandes, die nächsten österreichweiten **Großaktionen gegen Schwarz-Blau** vorbereitet: vom 6. Bis zum 25. Oktober soll eine „**Kulturkarawane gegen Rechts**“ Dissidenz durch das südlichste Bundesland tragen, vom 26. bis 28. Oktober finden unter dem Motto „**Offenes Kärnten, offenes Europa**“ Internationale Widerstandstage in Klagenfurt statt. Höhepunkt: **Sternfahrten aus ganz Europa zur Großdemo** am 28.10. um 11 Uhr in Klagenfurt/Celovec. **Se vidimo v Celovcu oktobra!**

*) Tina Leisch ist Film- und Textarbeiterin.